

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

36. Jahrgang
Nr. 3 – 2013
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Bradley Manning: Sein Mut hat einen hohen Preis	2
Naher Osten: Olivenöl aus Palästina	3
Italien: Geburtsstunde der Partigiani	4
Syrien: Medien als Kriegsbereiter	5
Kuba: Cholera-Alarm aus den USA...	6
Volksabstimmung: Zur Aufhebung der Wehrpflicht	7
Chile vor 40 Jahren: Blutiger September	8



Die israelische «Grenzmauer» auf palästinensischem Boden bei Qualandia (Foto Voice of the Youth/www.votypalestine.com)

Naher Osten: Die UNO kapituliert vor der Macht

Schöngefärbter Friedensprozess

Gemäss Ban Ki-Moon sind direkte Verhandlungen der «einzige glaubwürdige Weg» zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Der deutsche Friedensforscher Peter Strutinsky sieht darin eher eine Flucht vor der Verantwortung und befürwortet eine «Re-Internationalisierung».

Von Peter Strutinsky

Am 16. August 2013 besuchte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon Israel und führte in Jerusalem Gespräche mit Ministerpräsident Netanjahu und Staatspräsident Peres. Zudem fand er noch Zeit zu Besuchen bei Justizministerin Tzipi Livni, Verteidigungsminister Moshe Yaalon und bei der Oppositionspolitikerin Shelly Yachimovich. Schliesslich traf er sich noch mit Botschafter Martin Indyk, dem Sonderbeauftragten der USA für die israelisch-palästinensischen Verhandlungen.

Der Besuch an sich ist nicht weiter bemerkenswert. Schliesslich gehört es zum Geschäft des UN-Generalsekretärs, Regierungen aller Herren Länder Besuche abzustatten. Und es ist ja keineswegs so, dass Ban seine Aufwartung nur der israelischen Seite macht; das Besuchsprogramm im Nahen Osten sah auch Stationen bei der Palästinenserbehörde sowie in Jordanien vor. Bemerkenswert sind vielmehr der Zeitpunkt des Besuchs und die Äusserungen, die Ban von sich gegeben hat.

Neustart mit Hindernissen

Vor wenigen Tagen wurden die Gespräche zwischen Israel und der Autonomiebehörde nach dreijähriger Pause wieder aufgenommen. «Vermittelt» hatte sie US-Aussenminister Kerry, der damit aussenpolitische

Kompetenz der US-Administration in dieser Region vortäuschte. Schliesslich war die Nahostpolitik unter der Präsidentschaft Obamas bisher wenig erfolgreich, manche sagen sogar, sie sei demütigend gewesen. Den gut gemeinten Mahnungen Washingtons an die Adresse der rechtsgerichteten Regierung in Tel Aviv, doch von der aggressiven Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten Abstand zu nehmen, begegnete Netanjahu re-

Redaktionsschluss...

Es ist Donnerstag, 29. August und Redaktionsschluss. Der Lärm der Kriegstrommeln aus Grossbritannien, Israel und den USA wird immer unerträglicher, ein Angriff auf Syrien dieser Staaten immer wahrscheinlicher. Unsere Leserinnen und Leser erhalten diese Zeitung erst um den 11. September herum. Wird Syrien dann bereits zerstört sein? Werden wiederum Tausende von toten Zivilisten als Kollateralschäden verbucht? Werden die Fragezeichen auf Seite 5, die zu stellen uns die Erfahrung zwingt, sich dann bereits erübrigt haben?

Es ist Redaktionsschluss, das Trommeln schwillt an...

gelmässig mit weiteren Ausbauplänen – sowohl im Westjordanland als auch in Ostjerusalem. Beim Start der jetzigen «Verhandlungen» war gar nicht mehr die Rede von einem vorübergehenden Siedlungsstopp. Im Gegenteil: Am 11. August beschloss das israelische Kabinett den Bau von 1.187 Wohneinheiten in Ostjerusalem und in den Siedlungen Ariel und Beitar Illit. Der israelische Bauminister von der rechtsgerichteten Partei «Das jüdische Haus» verkündete die Pläne mit der provokanten Aussage: «Kein Land der Erde lässt sich von anderen Staaten vorschreiben, wo es bauen darf und wo nicht». An sich hätte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas unverzüglich das Scheitern der Verhandlungen bekannt geben müssen. Schliesslich waren die letzten Verhandlungen 2010 von den Palästinensern abgebrochen worden, nachdem sich Israel geweigert hatte, den zeitweiligen Siedlungsstopp zu verlängern. Wenn Abbas dieses Mal ein Auge zudrückte, dann wohl aus dem Grund, dass der schlaue Fuchs Netanjahu ein anderes Zuckerl präsentierte: Die Freilassung von 104 palästinensischen Häftlingen.

Schönfärberei

Ban Ki-Moon hat mit seinem Besuch also den Neustart der euphemistisch als «Friedensprozess» bezeichneten Verhandlungen gutgeheissen. Die Vereinten Nationen segeln damit im Fahrwasser der US-Nahostpolitik und sind nichts weiter als Erfüllungshelfen oder Claqueure der Kerry-Diplomatie.

Fortsetzung Seite 2

Offener Brief der SFB an den Bundesrat zu Syrien

Antwort aus Bern

In einem offenen Brief forderte die Schweizerische Friedensbewegung den Bundesrat am 25. Mai 2013 auf, sich im Syrien-Konflikt «energisch für ein internationales Verbot sämtlicher Waffenlieferungen ins syrische Konfliktgebiet und für eine Syrien-Friedenskonferenz ohne Ausschlüsse» einzusetzen. In der Antwort von Bundesrat und Aussenminister Didier Burkhalter heisst es u.a.:

«Die Schweiz versucht mit einem dreispurigen Ansatz, bestehend aus der Unterstützung einer politischen Lösung, humanitären Hilfeleistungen sowie dem Kampf gegen die Strafflosigkeit, den immensen humanitären und politischen Herausforderungen entgegenzuwirken, welche der Konflikt an die internationale Gemeinschaft stellt.

Wie Sie in Ihrem Schreiben erwähnen, ist die Schweiz ebenfalls überzeugt, und dies seit Ausbruch der Krise, dass einzig eine Verhandlungslösung, die alle Akteure und folglich auch die berechtigten Anliegen und Sorgen der syrischen Bevölkerung einbezieht, zu einer Beilegung des Konflikts führen kann. Die Schweiz ist der Ansicht, dass das Dokument, welches am 30. Juni 2012 in Genf von den wichtigen regionalen und internationalen Akteuren angenommen wurde, eine gute Grundlage für eine politische Lösung des Konflikts bildet. Zum heutigen Zeitpunkt legt die Schweiz den Fokus auf die Unterstützung des Sonderbeauftragten der Ver-

einten Nationen und der Arabischen Liga und ist bereit, die UNO in der Organisation der Syrienkonferenz, welche demnächst in Genf stattfinden soll, zu unterstützen.

Als Antwort auf die zunehmende Verschlechterung der humanitären Lage der vom Krieg betroffenen Zivilbevölkerung hat die Schweiz am 7. Juni 2013 ihre Hilfe für die Region um 20 Mio. Franken erhöht, was die seit Ausbruch des Konflikts im März 2011 bereitgestellte Summe auf insgesamt 50 Mio. bringt. Über die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) unterstützt sie in erster Linie Schutzmassnahmen für die notleidende Bevölkerung vor Ort und für Menschen, die gezwungen sind, in Nachbarländer zu fliehen. Die Schweiz hilft auch durch indirekte Kanäle, namentlich durch die Unterstützung der Regionalprogramme des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (HCR) und des UNO-Kinderhilfswerks

Fortsetzung Seite 2

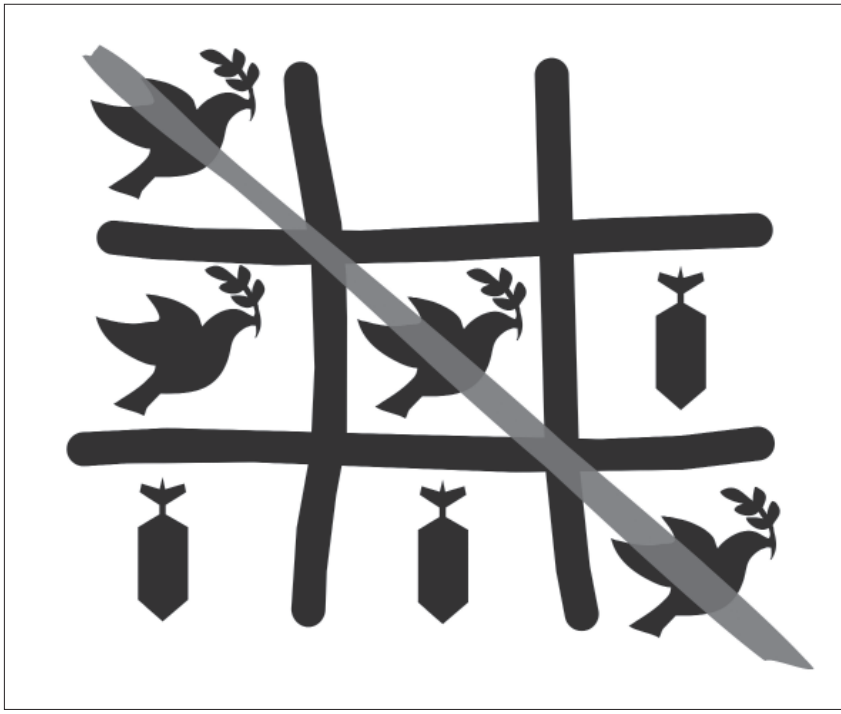
Die Schlag-Zeile

-rumo. Im Allgemeinen bezeichnet man die Überschrift auf der Titelseite einer Zeitung als Schlagzeile. Die Aufgabe einer Schlagzeile besteht darin, die Aufmerksamkeit eines nur flüchtig lesenden Betrachters zu erwecken, ihn anzusprechen und auf das Medium zu leiten. Dazu muss sie sehr kurz, verständlich und prägnant sein und sollte den Inhalt des Artikels nicht verfälschen. Eine Schlagzeile muss eingängig sein, auffallen und zugleich verstanden werden. Um mehr Aufmerksamkeit zu generieren, wird oft mit einer sprachlichen Zuspitzung gearbeitet. Bei Boulevardzeitschriften sind es zumeist Skandalschlagzeilen, emotional aufbereitet und in grossen bunten Lettern gedruckt.

Der Gebrauch eingängiger Schlagwörter und eine einfach gehaltene Sprache sind Voraussetzung für eine gute Schlagzeile. Wörter wie Horror – Bestie – Sex – Lüge – Killer sprechen die niederen Instinkte der Leser an und in Verbindung mit anderen Schlagwörtern entfalten sie ihre ganze Wirkung. Neben dem verkaufsfördernden Werbeeffekt dienen Schlagzeilen aber auch der Verbreitung von Vorurteilen und tragen effektiv zur Volksverdummung bei, besonders wenn sie im Blick oder ähnlich primitiven Hetzblättern mit einer grossen Breitenwirkung abgedruckt werden. In Kombination mit einer halbnackten Frau auf der ersten Seite, ist die Wirkung der Schlagzeile auf Männer noch grösser und geht direkt vom Unterleib ins Grosshirn, wo sie sich bestens entfalten kann.

Im Englischen heisst die Schlagzeile Headline, also Kopflinie. Somit lässt sich gut die Wortherkunft erklären: Um den Lesern eine Botschaft in den Kopf zu prügeln, sind Schlagzeilen meist so blöd, dass die Leser von ihrer Dummheit erschlagen werden.

Damit «Unsere Welt» weiterhin niemanden erschlagen muss bitten wir Sie um ihre Unterstützung. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7



Grafik von Esteban L. Aquino Nieto (© ACCS)

Fortsetzung von Seite 1

Dies manifestiert sich auch in dem, was Ban in Jerusalem sagte – und was er nicht sagte. Zunächst feiert er die gerade begonnenen Verhandlungen als eine einzigartige Chance, das Jahr 2013 zu einem Wendepunkt in der Geschichte des israelisch-arabischen Konflikts zu machen. Die Tatsache, dass es zu direkten Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Seite komme, sei «ermutigend». Es käme jetzt darauf an, dass die Beratungen ernsthaft geführt werden. Dazu sei ein verhandlungsfreundliches Umfeld nötig. Die Menschen in Palästina bräuchten eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, Israel bräuchte mehr Sicherheit.

Die entscheidende Frage, wie beides zu erreichen sei, stellt Ban nicht. Ist es nicht die israelische Politik des fortgesetzten Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten, der Enteignung palästinensischen Landes, der Zerstückelung des Westjordanlands und der Abriegelung des Gazastreifens, die ein wirtschaftliches Vorankommen der palästinensischen Gebiete verhindert – und zugleich den Zorn der Palästinenser auf die israelischen Besatzer schürt? Ban spricht auch nicht über die Positionen der Vereinten Nationen zum israelisch-palästinensischen Konflikt. Wäre es nicht seine Aufgabe als oberster Repräsentant der UNO gewesen, auf die Rechtslage hinzuweisen, wonach kein Staat das Recht habe, in besetzten Gebieten Siedlungen zu bauen und eigene Bevölkerung dort anzusiedeln? Hätte er nicht auch die vielen Resolutionen erwähnen können, die von Israel die Räumung der besetzten Gebiete verlangen. Wäre es nicht angebracht gewesen, gerade in Jerusalem auf den UN-Standpunkt zu verweisen, dass diese Stadt unter internationale Kontrolle zu stehen habe und Ostjerusalem als Hauptstadt eines zu schaffenden Palästinenserstaates vorzusehen sei? Und interessiert ihn nicht das Rechtsgutachten des von der UNO gegründeten Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, das den israelischen Mauerbau auf palästinensischem Gebiet für rechtswidrig hält? Wer darüber nicht redet, akzeptiert das Unrecht. Ban Ki-Moon sprach und schwieg, als wäre er nicht UN-Vertreter, sondern Israel-Lobbyist.

Das schlimmste aber ist, dass Ban die offizielle US-amerikanische und israelische Position – die im Übrigen auch von der EU geteilt wird – übernommen hat, wonach der Nahostkonflikt eine Angelegenheit Israels und der Palästinenser sei. In direkten Verhandlungen zwischen diesen beiden Konfliktparteien müsse ein nachhaltiger Frieden entstehen. Und genau das ist eine grosse Lüge.

Besuchen Sie uns auf
friedensbewegung.ch

Israelisch-palästinensische Asymmetrie

Der Staat Israel konnte 1848 durch Beschluss des UN-Sicherheitsrats gegründet werden – allerdings auf einem weit grösseren Territorium, als nach dem ursprünglichen UN-Teilungsplan vorgesehen gewesen war. Zu einer palästinensischen Staatsgründung ist es indessen nie gekommen. Im Sechstagekrieg 1967 hat Israel grosse Teile palästinensischen Gebietes besetzt und dort in der Folge ein weit reichendes System jüdischer Siedlungen errichtet. Zugleich erlebte Israel den Aufstieg zu einer der stärksten Militärmächte der Welt und verfügt heute – inoffiziell – über eigene Atomwaffen. Das Land ist auch wirtschaftlich ein Riese: Mit mehr als 28 000 US-Dollar Bruttonationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung liegt es knapp hinter Irland und Italien, aber noch vor sämtlichen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten.

Die für eine Staatenbildung vorgesehenen palästinensischen Gebiete, das Westjordanland und der Gazastreifen, hängen dagegen fast vollständig von Hilfszahlungen aus dem Ausland ab. Entbehrung und Elend ist überall mit den Händen zu greifen. Hinzu kommt das Schicksal der in die Millionen gehenden Nachfahren der 1947/48 aus Israel vertriebenen bzw. geflohenen Palästinenser, die in grossen Flüchtlingslagern in Jordanien, Libanon, Syrien und anderen arabischen Staaten von UN-Hilfsorganisationen versorgt werden müssen.

Der Aufbau einer Verkehrsinfrastruktur in den von Israel besetzten Gebieten ist wegen der zahlreichen



Checkpoints, der Vorrangstrassen für Israelis und der militärischen Schutzvorkehrungen für die Siedlungseinheiten nicht möglich. Die palästinensische Autonomiebehörde hängt zudem am Tropf Israels, das die Zolleinnahmen kontrolliert und deren Auszahlung jederzeit zurückhalten kann. Mit dem politischen Schisma zwischen Fatah bzw. PLO, die im Westjordanland residieren, und Hamas, die den Gazastreifen beherrscht, wurde die palästinensische Sache zusätzlich geschwächt.

Die Palästinenser verfügen allenfalls über einen – stark nach innen gerichteten – Sicherheitsapparat, aber weder über ein Militär noch über entsprechende schwere Waffen. Der Luftraum wird von Israel kont-

rolliert. Gewiss: Die viel zitierten Kassam-Raketen, die immer mal wieder von Gaza aus auf südraelisches Gebiet gefeuert werden, stellen ein rechtliches und ein humanitäres Problem dar; die Angriffe sind mit dem Kriegsvölkerrecht unvereinbar, weil sie unterschiedslos die Zivilbevölkerung bedrohen; und sie versetzen die in den betroffenen israelischen Gebieten wohnenden Menschen in ständige Angst. Militärisch allerdings fallen sie nicht ins Gewicht.

Direkte zweiseitige Verhandlungen leiden also von vorneherein unter dieser eklatanten Asymmetrie. Hinzu kommen die grundsätzlich unvereinbaren Standpunkte: Israel lehnt die Grenzen von 1967 (vor dem Sechstagekrieg) als Verhandlungsgrundlage ab und besteht darauf, seine Grenzen nach eigenem Gutdünken festzulegen. Dazu gehört auch die Weigerung, das Siedlungsprogramm einzustellen. Ostjerusalem wird als Teil des israelischen Staates angesehen und das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr wird rundweg geleugnet.

Demgegenüber beharrt die palästinensische Seite auf einem Ende der Besatzung, auf einer Zweistaatenlösung, die sich im Wesentlichen an den Grenzen von 1967 orientiert, an Ostjerusalem als Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates und auf der prinzipiellen Anerkennung der Rechte der Flüchtlinge.

Westsahara als warnendes Beispiel

Die Frage, was bei solchen Verhandlungen zwischen so ungleichen «Partnern» herauskommen kann, ist unschwer zu beantworten: Nichts. Das Schicksal der Westsahara ist ein warnendes Beispiel dafür, dass es keine Lösung gibt, wenn man den Konflikt den beiden Kontrahenten selbst überlässt. Marokko hält seit Jahrzehnten die Westsahara besetzt und beansprucht sie als Teil des eigenen Staates. Das letzte Kolonialgebiet Afrikas sollte auf Beschluss der UNO (Sicherheitsrats-Resolution 1429 [2012]) in einem Referendum über die Unabhängigkeit des sahraischen Volks oder über dessen «Verbleib» bei Marokko abstimmen. Marokko verhinderte eine solche Abstimmung; eine von der UNO entsandte Mission (MINURSO) überwacht seither den Waffenstillstand zwischen der sahraischen Befreiungsorganisation POLISARIO und Marokko und sollte das beschlossene Referendum vorbereiten und durchführen. Der sog. Baker-Plan hatte ein Referendum bis spätestens 2008 vorgesehen; es wird von Marokko systematisch hintertrieben. Die marokkanische Regierung schliesst die Unabhängigkeit Westsaharas kategorisch aus. In zwei Dritteln des besetzten Territoriums hat Rabat marokkanische Bevölkerung angesiedelt und eine mit Marokko verbundene Infrastruktur geschaffen. Die «internationale Gemeinschaft» hat kapituliert und setzt seit 2008 auf direkte Verhandlungen zwischen dem Riesen Marokko und dem Zwerg Polisario. Herausgekommen ist naturgemäss bisher nichts.

Die Vereinten Nationen haben sowohl gegenüber Westsahara als auch gegenüber Palästina eine Verantwortung. Aus der kann man sich nicht dadurch stehlen, indem man den Konfliktparteien zumutet, gefälligst selber eine Lösung zu finden. Eine Re-Internationalisierung der Konflikte wäre zwar noch keine Erfolgsgarantie, könnte aber zumindest die Weltöffentlichkeit mobilisieren. Und der UN-Generalsekretär müsste sich etwas mehr einfallen lassen, als den israelischen Standpunkt nachzuplappern.

Dr. Peter Strutinsky leitet die unabhängige Arbeitsgruppe Friedensforschung an der Universität Kassel
Quelle: www.ag-friedensforschung.de

Offener Brief an Obama

Mut hat hohen Preis

Am 21. August 2013 wurde der US-amerikanische Soldat Bradley Manning zu 35 Jahren Militärhaft verurteilt. Diese Strafe ist ohne Beispiel für einen Whistleblower wie Manning, der geholfen hatte, der Öffentlichkeit zahllose Verbrechen der US-amerikanischen Regierung und ihrer Streitkräfte zugänglich zu machen.

Am gleichen Tag las Mannings Anwalt David Coombes auf einer Pressekonferenz einen offenen Brief des 25-jährigen Soldaten an Präsident Barack Obama vor. Diese Stellungnahme wird Teil einer Anfrage an den Staatssekretär für Armeefragen sein, worin Obama um die Begnadigung Mannings oder um die Verkürzung der Strafe auf die bereits abgesessene Zeit gebeten werden soll. Wir dokumentieren den offenen Brief Mannings in einer Übersetzung der World Socialist Website (wsws.com).

Von Bradley Manning

Der Grund für die Entscheidungen, die ich im Jahr 2010 getroffen habe, war Sorge um mein Land und die Welt, in der wir leben. Seit den tragischen Ereignissen des 11. September liegt unser Land im Krieg. Wir liegen mit einem Feind im Krieg, der uns nicht auf einem traditionellen Schlachtfeld entgegentritt, und deshalb mussten wir sowohl unsere Methoden zur Bekämpfung der Risiken ändern, die vor uns lagen, als auch unsere Lebensart.

Ich war anfangs damit einverstanden und meldete mich freiwillig, um bei der Verteidigung meines Landes zu helfen. Erst als ich im Irak war und dort täglich geheime Militärberichte las, begann ich, zu hinterfragen, ob

Wie Howard Zinn einst sagte, ist keine Flagge gross genug, um die Schande zu verdecken, Unschuldige getötet zu haben.

Ich weiss, dass meine Taten gegen das Gesetz verstossen haben. Ich bedauere es, wenn meine Taten den Vereinten Staaten geschadet haben. Es war nie meine Absicht, jemandem zu schaden. Ich wollte den Menschen nur helfen. Als ich beschloss, vertrauliche Informationen zu veröffentlichen, tat ich das aus Liebe zu meinem Land und Pflichtgefühl gegenüber meinen Mitmenschen.

Wenn Sie mein Gnadengesuch ablehnen, werde ich meine Strafe im Bewusstsein absitzen, dass man manchmal einen hohen Preis zahlen muss, um in einer freien Gesellschaft



wir das Richtige taten. Zu dieser Zeit merkte ich, dass wir bei unserer Reaktion auf den Feind unsere Menschlichkeit vergessen hatten. Wir haben uns bewusst entschieden, im Irak und in Afghanistan Menschenleben abzuwerten. Als wir diejenigen angriffen, die wir für den Feind hielten, haben wir manchmal unschuldige Zivilisten getötet. Wenn wir unschuldige Zivilisten getötet haben, übernahmen wir keine Verantwortung für unser Tun, sondern versteckten uns hinter dem Deckmantel nationaler Sicherheit und vertraulicher Informationen, um zu vermeiden, dafür öffentlich Verantwortung übernehmen zu müssen.

In unserem Eifer, den Feind zu töten, debattierten wir unter uns über die Definition von Folter. Wir hielten Personen jahrelang ohne Verhandlung in Guantanamo fest. Wir ignorierten aus unerklärlichen Gründen Folter und Hinrichtungen durch die irakische Regierung. Und wir nahmen im Namen unseres Kriegs gegen den Terror zahllose weitere Taten hin.

Patriotismus ist oft der Schlachtruf, mit dem die Machthaber moralisch fragwürdige Taten rechtfertigen. Wenn diese Rufe nach Patriotismus jeden auf Logik basierenden Widerstand übertönen, ist normalerweise der amerikanische Soldat derjenige, der irgendwelche schlecht überlegten Missionen erfüllen muss.

Unsere Nation hat im Namen der Demokratie ähnliche dunkle Kapitel durchgemacht – den Trail of Tears, das Dred Scott-Urteil, die McCarthy-Ära und die Internierung von Amerikanern japanischer Abstammung, um nur einige zu nennen. Ich bin mir sicher, dass Vieles von dem, was wir seit dem 11. September getan haben, irgendwann in einem ähnlichen Licht gesehen wird.

zu leben. Ich zahle diesen Preis gerne, wenn es bedeutet, dass wir ein Land sein können, das wirklich in Freiheit gegründet ist und die Ansicht verteidigt, dass alle Männer und Frauen gleichberechtigt sind.

Antwort des Bundesrates...

Fortsetzung von Seite 1

(UNICEF), durch die Entsendung von technischen Experten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) an UNO-Partnerorganisationen, sowie auf direktem Wege durch die Hilfe an libanesische Familien und Gemeinden, die syrische Flüchtlinge aufnehmen. Weiter engagiert sich die Schweiz auch im humanitären Dialog, insbesondere für die Einhaltung der humanitären Grundsätze und für den Schutz des humanitären Personals.

In Bezug auf den Kampf gegen die Straflosigkeit hat die Schweiz in einem Brief, der von 56 Staaten unterzeichnet wurde, den UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, das Syrien-Dossier dem Internationalen Strafgerichtshof zu übergeben, damit die Gräueltaten, gleich von welcher Seite sie begangen wurden, nicht unbestraft bleiben. Dieser Schritt beruht auf der festen Überzeugung, dass es in Syrien keinen dauerhaften Frieden geben kann, solange keine Massnahmen getroffen werden, um die Frage der Verantwortung zu klären.

Wie bereits erwähnt ist die Schweiz der Überzeugung, dass ausschliesslich eine politische Lösung einen nachhaltigen Frieden gewährleisten kann. In diesem Sinne spricht sich die Schweiz klar gegen jegliche Massnahmen aus, welche zu einer weiteren Militarisierung des Konflikts führen. »



Wirksame Unterstützung der Kleinbauern in Palästina

Olivenöl aus Palästina

Auch dieses Jahr hat der Verein Olivenöl aus Palästina, gemeinsam mit der gebana, von lokalen Produzenten in Palästina über 13 000 Liter Olivenöl und 350 kg der Gewürzmischung Za'tar in die Schweiz importiert. Zu Beginn des nun startenden neuen Kampagnenjahres ruft der Verein dazu auf, durch den Kauf von Oel, Za'tar und Solidaritätskarten, erneut ein Zeichen der Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung zu setzen.

Von Hans Leuenberger und Anna Bürgi

Der Verein «Kampagne Olivenöl aus Palästina» ist eine Gruppe von Frauen und Männern, die sich von der nahöstlichen Tragödie betroffen fühlen und sich engagieren wollen. Als anerkannte gemeinnützige Organisation, importiert die Kampagne biologisches Olivenöl und die Gewürzmischung Za'tar aus Palästina und verkauft diese hochwertigen Produkte zusammen mit Sympathiekarten in der ganzen Schweiz. Mit dem Ertrag von Verkäufen, Spenden und Mitgliederbeiträgen unterstützt die Solidaritätsgruppe Kleinbauern sowie verschiedene Hilfsprojekte in Palästina und fördert die Verständigung zwischen den Konfliktparteien.

Die zentrale Rolle der Freiwilligen

Der Erfolg der Verkäufe hängt stark mit der Motivation und der Einsatzfreude der zahlreichen freiwilligen Einzelpersonen und Institutionen ab. Dabei spielen Solidaritätsgruppen, fortschrittliche Gruppierungen und Bewegungen, kirchliche und andere religiöse Kreise, aber auch weltoffene Medien eine Hauptrolle.

Palästinas Bevölkerung braucht diese Unterstützung. Deshalb wendet sich die Kampagne auch dieses Jahr wieder an bereits aktive oder potentiell interessierte UnterstützerInnen. Das Ziel ist, auch weiterhin den palästinensischen Produzenten und der lokalen Partnerorganisation «Palestinian Agricultural Relief Committee» (PARC) einen gesicherten Absatz zu garantieren. Die Möglichkeiten einer tatkräftigen Unterstützung sind vielfältig, z.B. Verkauf von Olivenöl und Za'tar an Freunde und Bekannte, an Bazars und Veranstaltungen, Mahnwachen oder Verkaufsständen an Märkten, sowie das Einrichten und Führen von Depots, um nur einige zu nennen.

Die Stärkung der Freiwilligen- und Verteilstruktur ist auch vordringlich, um die Produzenten zu belohnen, die keine Anstrengung scheuen, um die Qualität des kaltgepressten biologi-

schen Olivenöls, und eine nachhaltige Landwirtschaft nach umweltverträglichen Kriterien weiter zu optimieren. Das bringt aber auch höhere Herstellkosten mit sich und realistische Absatzmöglichkeiten finden sich eher in reicheren Ländern wie der Schweiz.

Verkaufszahlen konsolidiert

Wie an der diesjährigen Jahresversammlung des Vereins Ende August in Zürich bekannt gegeben wurde, wurden im Berichtsjahr von seiner



Aufruf zur Solidarität

an die Leserinnen und Leser der Zeitung «Unsere Welt»:

Um der Bevölkerung in Palästina auch weiterhin wirksam zur Seite zu stehen, würden wir uns freuen, wenn Sie uns für den Kauf des Olivenöls, des Za'tars und der Sympathiekarten, für Spenden zur Projektförderung oder für eine Zusammenarbeit zum Weiterverkauf dieser Produkte und der Verbreitung des Informationsmaterials unter den folgenden Adressen kontaktieren würden.

- Verein Kampagne Olivenöl, Geschäftsstelle, Postfach 8164, 8036 Zürich, Tel. 032 513 75 17
- kampagne@olivenoel-palaestina.ch
- www.olivenoel-palaestina.ch (für weitere Information)
- PC: 87-57191-7

Partnerorganisation – der geschützten Werkstätte BEWO in Oberburg – 9 374 Flaschen kalt gepresstes, biologisches, extra vergine Olivenöl und 5 100 fünfzig Gramm Beutelchen Za'tar an die über die ganze Schweiz verteilten Depots und an die gebana ausgeliefert. Dies sind zwar knapp 450 Flaschen weniger als im Vorjahr, dafür war die Auslieferung des Za'tars um 1 350 Beutel höher als im letztes Jahr.

Die gebana ihrerseits konnte ihren Verkauf an Privatkunden und Wiederverkäufer auch in diesem Jahr wieder leicht erhöhen. Sie setzte knapp 8 000 Liter Olivenöl um, davon 3 234 Halbliter-Flaschen, sowie 2 020 Dreiliterkanister- und 15 Kanister à 17.5 Liter. Die Zusammenarbeit zwischen der Kampagne mit der gebana klappt seit Jahren reibungslos und unbürokratisch.

Enttäuschend verlief der Verkauf von kunstvollen Solidaritätskarten zu Gunsten des Projekts «Oelverteilung an besonders arme Familien in Gaza». Nur gerade 1 350 CHF brachten sie ein. Dies will die Kampagne rasch möglichst korrigieren. Deshalb wurden zwei weitere, attraktive Kartensujets des ortsansässigen Fotografen Osama Silwadi ins Sortiment aufgenommen. Der Verein appelliert an Mitglieder und Verkaufsstellen, auch dem Kartenverkauf wieder vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken.

Rückfluss in Hilfsprojekte vor Ort

Schliesslich sei auch darauf hingewiesen, dass der Verein selbstverständlich nicht profitorientiert ist und mindestens ein Drittel des gesamten Umsatzes jedes Jahr direkt Projekten vor Ort zu Gute kommt. 2012 waren dies – zusammen mit vorhandenen Rückstellungen aus dem Vorjahr – wieder über 210 000 Schweizer Franken für folgende Bereiche:

- Verteilung von Olivenöl an besonders arme Familien in Gaza
- Projekt Qualität+ zur Förderung eines nachhaltigen und umweltverträglichen landwirtschaftlichen Anbaus
- Elektrifizierungsplan mit Solarenergie und Unterhalt von Wasserversorgungsanlagen in Süd-Hebron
- Kindergärten in palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon (durch PalCH)
- Ausbildung von Gesundheitspflegerinnen durch die Palestinian Medical Relief Society (PMRS)

- Finanzielle Unterstützung an die Nothelfer der PMRS während den Angriffen auf Gaza im November 2012
- Jugendsommercamp der PMRS Gaza

Die unterstützten Projekte wurden auch dieses Frühjahr von zwei Projektgruppenmitgliedern, gemeinsam mit dem Kampagnen Gründungsmitglied, Jochi Weil, und einem Vertreter der befreundeten medico international schweiz, besucht.

Inakzeptable Lage

Anlässlich der Jahresversammlung muss aber auf die dramatische politische Lage in Palästina hingewiesen werden, wie der Verein ausführt:

«In Palästina selbst ist die Lage leider weiterhin militärisch, politisch und wirtschaftlich festgefahren, ungerecht, oft entwürdigend, mit anderen Worten schlicht unakzeptabel. Nebst dem einzigen Lichtblick am 29. November 2012, der symbolträchtigen UN Anerkennung Palästinas als Beobachter- oder Nichtmitgliedsstaat, sind Missachtung und Verletzungen der Rechte der PalastinenserInnen durch die israelischen Militär- und Zivilbehörden, sowie vor allem deren Speerspitze, den Siedlern, an der Tagesordnung. Die von der Kampagne unterstützte Landbevölkerung litt auch im vergangenen Jahr besonders unter:

- den Landkonfiszierungen und dem Weiterausbau der israelischen

Siedlungen auf palästinensischem Gebiet

- dem Weiterausbau der Trennmauer, die Dörfer, Landwirtschaftsland, medizinische und Bildungsstätten willkürlich trennt und jeden sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang unnötig erschwert oder verunmöglicht

- den Brandstiftungen oder Entwürzelungen an rund 8 600 Olivenbäumen (gemäss der französischen ONG Plattform Palestine)

- der ungerechte Wasserverteilung (gemäss derselben Informationsquelle steht der israelischen Landwirtschaft 10 mal mehr Wasser zur Verfügung als der palästinensischen; deshalb kann auch nur 6.8% der palästinensischen Anbaufläche in der Westbank bewässert werden) und
- schliesslich auch unter den israelischen, militärischen Angriffen auf Gaza im November 2012, bei der gegen 160 PalastinenserInnen und fünf Israeli ums Leben kamen und über 1 000 Personen verletzt wurden.»

In diesem heiklen, oft scheinbar auswegslosen Umfeld, versucht die Kampagne, wie in den vergangenen 12 Jahren, weiterhin beharrlich, die Betroffenen und Notleidenden möglichst wirksam zu unterstützen. Nicht nur schöne Worte, sondern konkrete Taten waren und bleiben ihre Leitlinien.

Anna Bürgi und Hans Leuenberger bilden die Ko-Geschäftsleitung der Kampagne Olivenöl aus Palästina

Al Imfeld, Auf den Strassen zum Himmel

Vom Erbe der Mission

Von Ludwig Watzal

Imfeld erzählt zunächst von der Rekrutierung von Schweizern für die Mission in Afrika oder China. Er wuchs in der Innerschweiz als ältestes von 13 Kindern auf einem Bauernhof auf. Die so genannten Missionsjäger, heute würde man sie als «religiöse Headhunter» bezeichnen, öffneten mit ihrem Angebot den Schweizer Bauernbuben das Tor zur Welt. Imfeld ging selbst, wie seine Schwester Hanni, als Missionar in das damalige Rhodesien. Bei seiner Erzählung kommt ihm sein gesellschaftskritischer Hintergrund zugute. Folglich haftet seinen Berichten nichts Idealisierendes oder Romantisierendes an, dafür ist der langjährige Entwicklungsberater für Afrika zu sehr Profi und hat sich sein kritisches Bewusstsein gegenüber der Amtskirche und der Entwicklungshilfeindustrie bewahrt.

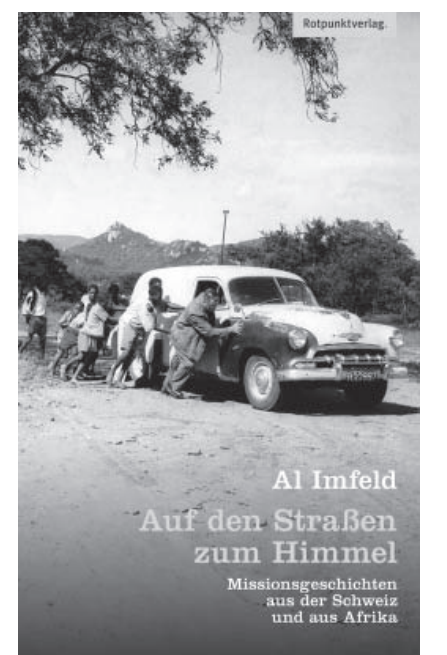
Weder die Missionare noch die Entwicklungszusammenarbeit hätten sich jemals geistig auf Afrika eingelassen, schreibt er. Die Patres und Fratres kamen und gingen, «die Missionsschwester waren die Mütter Gottes in der Gegenwart», in völliger «Anonymität» taten sie ihre Pflicht. Am Beispiel seiner Schwester Hanni (Schwester Berthilde) zeigt der Autor, wie sich die Ordensschwester in Afrika um die «weissen Herrensöhnchen» kümmern mussten, «weil es Gott es so wolle», wie es die Oberin gegenüber Imfeld ausdrückte. Für den Autor ist die Mission ein «himmeltrauriges» Vermächtnis, dennoch habe es immer wieder Missionare und Missionarinnen gegeben, die Aussergewöhnliches leisteten.

Auch Skurriles weiss Imfeld zu berichten. So schreibt er über einen gutmeinenden eifrigen Missionar in Simbabwe, dessen «Anpassungsmanie» die Menschen erboste. Er habe sich an etwas angepasst, das gar nicht existierte. Entstanden sei eine paradoxe Situation: Die Gläubigen hätten sich «an zwei Sachen anpassen müssen: einmal an eine von P. Paul neu erfundene Shona-Kultur und dann an

ein Christentum, das sie sehr wohl begriffen, das sie aber nicht so leben konnten, wie sie es spürten, denn sie mussten sich mit P. Paul an das anpassen, was dieser für anpassungswürdig hielt.» Von solch «gutmeinender» Akkulturation hält der Autor nicht viel.

Imfeld erläutert an zahlreichen Beispielen das Erbe der Mission. In einigen Ländern Westafrikas wie Nigeria sei Jesus allgegenwärtig, im Norden komme noch Allah hinzu. Auf Ghanas Strassen werde man überall an den Heiligen Geist erinnert. Das Land werde beherrscht von Handys, Kirchen und Politikern. «Politiker, Prediger und Producers sind die neuen Menschentypen der schwammigen Freiheitsmystik.» Ein Paradoxon bestimme die Realität: Man verdränge die Wirklichkeit bei gleichzeitiger Hoffnung auf eine neue bessere Welt.

Neben seiner «Religionskritik» zeigt sich der Autor auch skeptisch gegenüber den Errungenschaften der modernen Entwicklungsindustrie. Ein überaus lesenswertes und sympathisches Buch. (aus welt-sichten.org)



Al Imfeld, Auf den Straßen zum Himmel. Rotpunktverlag, Zürich 2013, 208 Seiten. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89

Vor 70 Jahren: Hitlerwehrmacht besetzt Italien

Geburtsstunde der Partigiani

Am 8. September 1943 okkupierte Hitlerdeutschland Italien. Nach Beginn der Okkupation konstituierte sich auf Initiative der Kommunisten (IKP) am 9. September das Komitee der antifaschistischen Strömungen (IKP, Sozialisten, Aktionspartei, Christdemokraten, Liberale und Republikaner) zum Nationalen Befreiungskomitee (Comitato di Liberazione Nazionale) und rief alle Italiener zum Kampf gegen den Faschismus für ein freies Italien auf.

Von Gerhard Feldbauer

Nach dem Sturz des faschistischen Diktators Benito Mussolini am 25./26. Juli 1943 durch eine Palastrevolte führender Kreise des Kapitals, des Königs und von Militärs, unterstützt vom Vatikan setzte König Vittorio Emanuele III. mit Marschall Pietro Badoglio an der Spitze eine Militärregierung ein. Die Palastverschwörer brachen mit der faschistischen Achse mit Hitlerdeutschland und nahmen Waffenstillstandsverhandlungen mit den anglo-amerikanischen Alliierten auf, wollten jedoch im Krieg eine neutrale Position einnehmen. Innenpolitisch wurden die faschistische Partei und ihre Gliederungen verboten, die faschistische Diktatur sollte jedoch in eine klerikal-faschistische umgewandelt werden. Von der Freilassung der politischen Gefangenen suchte Badoglio zunächst Kommunisten und Anarchisten auszuschliessen. Erst als Gewerkschafter, Kommunisten (IKP) und Sozialisten (ISP) dagegen einen Generalstreik ankündigten, wurden die Beschränkungen Mitte August aufgehoben.

(Comitato di Liberazione Nazionale) und rief alle Italiener zum Kampf gegen den Faschismus für ein freies Italien auf. Der Appell, den die von der IKP herausgegebene Zeitschrift «Il Combattente» in ihrer Nr. 1 vom 1. Oktober 1943 veröffentlichte, formulierte die Stossrichtung gegen Hitlerdeutschland als Besatzungsregime mit der Losung: «Heute gibt es für die Italiener nur noch eine Front: Gegen die Deutschen und gegen die fünfte faschistische Kolonne. Zu den Waffen!» Nach dem Aufruf entstanden erste Partisanen-Einheiten. Starke Widerhall fand der Appell in den Streitkräften. Etwa 200 000 italienische Soldaten und Offiziere, darunter Teile einer Armee und über zehn Divisionen, leisteten der Okkupation in Italien sowie auf dem Balkan und auf Korsika zum Teil über zwei Monate erbitterten Widerstand. Diese Gegenwehr erfolgte durchweg auf Initiative der zuständigen Kommandeure, denn der König als Oberbefehlshaber und die Regierung Badoglio flohen am 9. September aus Rom zu den Alliierten, die bei Salerno und Taranto am Vortage eine Landeoperation begon-

nete, dass es Mussolini nicht gelungen war, sich mit der königlichen Armee und der Militärführung ein mit der Hitlerwehrmacht vergleichbares, willfähiges und bedingungslos dem Kadavergehorsam unterworfenen Instrument zu schaffen. Die gegenüber den italienischen Soldaten und Offizieren eingenommene Herrenmenschenposition der Hitlerfaschisten und ihrer Wehrmacht führte nach Mussolinis Sturz und dem Einfall der deutschen Truppen am 8. September, verbunden mit der Aufforderung an die Italiener, die Waffen niederzulegen und sich gefangenzugeben, zu einem eruptiven Ausbruch der immer latent vorhanden gewesenen antideutschen Ressentiments.

Die Hitlerwehrmacht nahm blutige Rache. Hunderttausende italienische Soldaten bezahlten ihren Widerstand mit dem Tod oder der Deportation nach Deutschland. In Italien wurden 11 400 gefangene Soldaten und Offiziere ermordet, auf dem Balkan Tausende umgebracht. Allein auf der griechischen Insel Keffalonia, wo die Italiener sich sieben Tage in erbitterten Kämpfen der Entwaffnung widersetzen, metzelte die Wehrmacht über 4 000 Gefangene nieder. Fast 5 000 waren vorher in den Gefechten gefallen. Zusammen mit Feldmarschall Kesselring, dem Oberbefehlshaber im Mittelmeerraum, organisierte Feldmarschall Rommel, Befehlshaber der Heeresgruppe B in Italien, die blutigen Massaker. Kesselring befahl gegenüber den früheren Verbündeten «rücksichtsloses Vorgehen» und «gegen Verräter keine Schonung». In einer Weisung Rommels hiess es: «Irgendwelche sentimental Hemmungen des deutschen Soldaten gegenüber Badogliohörigen Banden in der Uniform des ehemaligen Waffenkameraden sind völlig unangebracht. Wer von diesen gegen den deutschen Soldaten kämpft, hat jedes Anrecht auf Schonung verloren und ist mit der Härte zu behandeln, die dem Gesindel gebührt, das plötzlich seine Waffen gegen seinen Freund wendet.»

Verpasste Chance

Mit einer Landung bei Rom hätte sich das alliierte Kommando eine Operationsbasis für ein rasches Vordringen schaffen können. Stattdessen begannen es seine Operationen am 8. September auf dem südlichen Festland bei Taranto und Salerno. Die Untätigkeit Eisenhowers ermöglichte der Hitlerwehrmacht, nach der Besetzung Nord- und Mittelitaliens nahezu ungestört südlich von Rom durch das Apenninengebirge mit der strategisch bedeutsamen Stellung auf dem 519 Meter hohen Monte Casino eine Abwehrfront aufzubauen, die dann alliierte Truppen monatelang unter schweren Verlusten zu stürmen versuchten. Erst nach der Einnahme Monte Casinos durch polnische Verbände unter General Wladyslaw Anders am 18. Mai 1944 konnten die 5. amerikanische und die 8. britische Armee auf Rom vorstossen und es am 4. Juni 1944 einnehmen.

Ziel der strategischen Konzeption der angloamerikanischen Alliierten war vor allem, dass die UdSSR sich in der gewaltigen militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland weiter ausbluten, Italien als Mittelmeer-macht ausgeschaltet und ein abhängiger Staat werden sollte. Schliesslich ging es darum, zu verhindern, dass die italienischen Kommunisten und Sozialisten Einfluss auf die Streitkräfte erhielten, so wie später versucht wurde, die Operationen der vor allem von ihnen massgeblich geführten kampfstarke Partisanenverbände zu behindern und auch regelrecht zu sabotieren.

nen hatten, und überliessen die Armee ohne klare Befehle ihrem Schicksal. Viele italienische Kommandeure rechneten mit der Unterstützung der Angloamerikaner, da Eisenhower bei den Waffenstillstandsverhandlungen General Castellano den Einsatz eines Luftwaffenverbandes bei Rom zugesagt hatte. Im Vertrauen darauf eröffneten im Gebiet der Hauptstadt vier italienische Divisionen die Kampfhandlungen gegen die Hitlerwehrmacht. Ihr Korpskommandeur, General Giacomo Carboni, folgte einem Vorschlag des IKP-Vorsitzenden Luigi Longo und liess Waffen an Freiwillige ausgeben, die zusammen mit der Division Granatieri am 8. September an der Porta San Paolo im Stadtzentrum ins Gefecht zogen. General Carboni wartete jedoch vergebens auf die zugesagte Luftlandeoperation. General Eisenhower brach sein Wort, das er bei der Bekanntgabe des Waffenstillstandes über Radio gegeben hatte. «Alle Italiener, die dazu beitragen, den deutschen Angreifer vom italienischen Boden zu vertreiben, werden die Hilfe der Vereinten Nationen (damals die Alliierten) erhalten.» Angesichts der Übermacht der deutschen Truppen stellten die Italiener bei Rom den Kampf nach vier Tagen ein.

Die Hitlerwehrmacht wurde von dem Widerstand zahlreicher italienischer Offiziere und Soldaten völlig überrascht, denn für Hitler waren die Italiener, wie er in seinen Monologen im Führerhauptquartier 1941-1944 (Herausgegeben von Werner Jochmann, Hamburg 1980), niedergeschrieben hatte, «keine echten Soldaten», für Feldmarschall Erwin Rommel, den Goebbels in seinen Tagebüchern (Bd. 4) zitierte, «kein Kriegsvolk». Dieser Widerstand gegen die deutsche Okkupation offen-



Am 31. August begannen beim angloamerikanischen Kommando in Casibile auf Sizilien die geheimen Waffenstillstandsverhandlungen. Sie wurden von General Dwight D. Eisenhower, dem Oberkommandierenden im Mittelmeerraum, und auf italienischer Seite von General Giuseppe Castellano geleitet. Im Waffenstillstandsabkommen akzeptierte Italien dann die «italienische Zusammenarbeit mit den Alliierten im Kampf gegen die Deutschen», was den Übertritt auf die Seite der Antihitler-Koalition bedeutete. Nach dem am 3. September unterzeichneten Waffenstillstand schieden die Hauptkräfte des italienischen Imperialismus aus dem Krieg aus. Das waren im militärischen Bereich 3,5 Millionen Soldaten.

Aufruf zum Widerstand

Dem deutschen Generalstab war die Aufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen nicht verborgen geblieben. Bereits unmittelbar nach dem Sturz des «Duce» hatte er begonnen, die Besetzung Nord- und Mittelitaliens vorzubereiten, die dann nach Bekanntgabe des Waffenstillstands am 8. September erfolgte. 30 Heeresdivisionen wurden dazu eingesetzt. Im Rahmen des Überfalls sollte in Rom auch ein Staatsstreich die Regierung Badoglio stürzen, der wegen italienischer Gegenmassnahmen aber ausblieb. Erfolgreich verlief am 12. September die Operation Sturmbannführer Otto Skorzenys, der den gefangen gehaltenen Mussolini vom Gran Sasso holte und nach Deutschland brachte.

Nach Beginn der Okkupation konstituierte sich auf Initiative der IKP am 9. September das Komitee der antifaschistischen Strömungen (IKP, ISP, Aktionspartei, Christdemokraten, Liberale und Republikaner) zum Nationalen Befreiungskomitee



carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.-

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluewin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

Für die Abschaffung fremder Militärstützpunkte

Nach Guantánamo

Der Weltfriedensrat (WFR) und die Kubanische Bewegung für Frieden und Souveränität der Völker (MOVPAZ) rufen zur Teilnahme am III. Internationalen Seminar für Frieden und die Abschaffung fremder Militärstützpunkte auf, das vom 18. – 20. November in der Provinz Guantánamo (Kuba) stattfinden soll.

Guantánamo wurde für die Austragung des Seminars nicht zufällig gewählt: 117 km² des Bodens werden in

te, die sich weltweit gegen fremde Militärstützpunkte zur Wehr setzen, einen wichtigen Impuls verleihen.

In der Nachbarschaft des Konzentrationslagers

Als Redner treten u.a. die Vorsitzenden von WFR und MOVPAZ, Maria Socorro Gomes und Silvio Platero Yrola wie auch die Präsidentin der Provinzregierung von Guantánamo, Nancy Acosta Hernández auf. Vorgelesen sind zahlreiche Begegnungen mit der Bevölkerung von Guantánamo, kulturelle Veranstaltungen und eine Abschlusskundgebung im Städtchen Caimanera. In dessen Herzen liegt die Bahía de Guantánamo mit der US-amerikanischen Militärbasis und dem dazugehörigen Konzentrationslager.

Teilnehmende gesucht

Wer sich für eine Teilnahme (auf eigene Kosten) am Seminar und den Aktivitäten rund um das Treffen interessiert, meldet sich auf dem Sekretariat der SFB, sfb@bluewin.ch, Tel.: 061/681 03 63.



III SEMINARIO INTERNACIONAL POR LA PAZ Y LA ABOLICIÓN DE LAS BASES MILITARES EXTRANJERAS
18 AL 20 DE NOVIEMBRE DE 2013
GUANTÁNAMO

dieser Provinz seit über hundert Jahren durch einen US-Militärstützpunkt illegal okkupiert, der in den letzten Jahren als eines der schrecklichsten Folterzentren dieser Welt bekannt geworden ist.

Das Seminar soll nach Willen ihrer Organisatoren der Einheit aller Kräfte

Kriegshetze in deutschen Blättern

Wenn das Hirn aussetzt

Die deutschen Medien sind, gewarnt durch den Chemiewaffen-Reinfall im Irak-Krieg, ein wenig vorsichtiger geworden. Direkt mag man die Schuld Assads am Giftgas-Anschlag in der Nähe von Damaskus zumeist nicht behaupten. Und doch bahnen die meisten Redaktionen dem totalen Krieg gegen den syrischen Staat die mediale Schneise.

Von Ulrich Gellermann

Als Ende Mai dieses Jahres türkische Zeitungen über den Fund von Giftgas in den Provinzen Adan und Mersia berichteten, konnte man in den deutschen Medien darüber nichts erfahren. Die türkische Polizei hatte bei Razzien gegen Anhänger der Al-Nusra Front – dem syrischen Zweig der Al-Qaida – zwei Kilo Sarin gefunden. Das ist genau jene Sorte von Giftgas, das in den letzten Tagen in den deutschen Medien eine Riesenrolle spielt. Auch die Erkenntnis, dass dieses Gift aus den Beständen des «befreiten» Libyen stammen und dort eigentlich unter der Kontrolle der US-Armee lagern sollte, war den deutschen Medien keine Meldung wert. Wieviel libysch-amerikanisches Giftgas verschwunden ist und wo es jetzt lagert, dazu wollen sich auch die britischen und französischen Geheimdienste nicht äussern. Statt dessen versorgen sie ihre Regierungen zur Zeit mit der unbewiesenen Behauptung, die Assad-Truppen setzten Giftgas gegen die eigene Bevölkerung ein. Prompt haben die englische und französische Regierungsvertreter – wie schon in Vorbereitung des mörderischen Libyenkrieges – Militäreinsätze gegen Syrien gefordert. Man will den Regime-Wechsel. Der Preis – noch mehr Tote, noch mehr Flüchtlinge – ist den westlichen Regierungen, wie schon in Libyen, völlig gleichgültig.

Die deutschen Medien sind, gewarnt durch den Giftgas-Reinfall im Irak-Krieg, ein wenig vorsichtiger geworden. Direkt mag man die Schuld Assads am Giftgas-Anschlag in der Nähe von Damaskus zumeist nicht behaupten. Aber man zitiert unkommentiert ein «Spionagenetzwerk» (DIE ZEIT) der Franzosen und Briten in Syrien, das «Beweise» für die Assad-Täterschaft gesammelt habe. Oder berichtet, wie die ARD, natürlich ohne zu hinterfragen, über ein Gespräch zwischen Obama und dem britischen Premier Cameron: «Beide sind sehr besorgt über den Angriff, der am Mittwoch in Damaskus stattfand und über die wachsenden Anzeichen dafür, dass dies ein bedeutender Einsatz chemischer Waffen durch das syrische Regime gegen das eigene Volk war». Diese «wachsenden Anzeichen» – durch nichts bewiesen – reichen auch für eine kindliche Begeisterung über den vierten Zerstörer der US-Marine nahe Syrien, der «mit Raketen bestückt ist». Was soll er tun der Zerstörer? Die Giftgaslager der syrischen Armee zerstören? Jede Menge Sarin freisetzen und die Bevölkerung in der Nähe der Lager damit umbringen? Solche Fragen stellt der tapfere deutsche Journalist nicht. Da ist er lieber für den totalen Krieg gegen Assad.

An der Spitze dieses totalen Kriegs steht, wie auch anders, die BILD-ZEITUNG. Deren entfesselter Kommentator Julian Reichelt kennt sich vorgeblich aus: «Vor den Augen der Welt setzt Syriens Diktator Assad offenkundig Giftgas gegen sein eigenes Volk ein». Und weiter weiss er: «Dass Assads Truppen ganz offenkundig mit Chemiewaffen morden, während UN-Inspektoren im Land sind, um zu untersuchen, ob das Assad-Regime überhaupt Giftgas einsetzt, zeigt die Kaltblütigkeit des syrischen Diktators.» Dass es, wäre es wirklich wie Reichelt behauptet, eher die ganze Blödsinnigkeit Assads zeigen würde wenn er ausgerechnet in diesem Moment

Giftgas einsetzte, darauf kommt der Mann mit dem Schaum vor dem Mund nicht. Assistentiert wird Reichelt von einem anderen BILD-Kommentator. Rafael Seligmann, Herausgeber der «Jewish Voice from Germany», droht im syrischen Zusammenhang: «Vor 70 Jahren weigerten sich die Alliierten Auschwitz zu bombardieren. So konnten die Nazis ungestört die Juden ermorden.» Wahrscheinlich wird der ungehörige Ausschwitz-Vergleich durch den gern in Deutschland zitierten israelischen Minister für strategische Angelegenheiten Juval Steinitz gestützt, der im Rundfunk verbreitete: «Es wurden chemische Waffen benutzt, und dies natürlich nicht zum ersten Mal.» Natürlich verzichtet auch er auf Beweise. Und über die israelischen Bomben-Angriffe auf Syrien schweigt der strategische Minister ganz.

Als stellvertretend für die deutschen Medien im Prozess gegen Syrien darf die ARD gelten. Sie initiiert auf ihrer Website eine «Volksabstimmung». Man muss nur noch ankreuzen. Immer heisst es dort: «Es ist richtig (oder falsch), Syrien wegen des Giftgaseinsatzes anzugreifen . . . », dann folgen die kleinen Einschränkungen, mal mit, mal ohne UN-Mandat. Dass Syrien einen Giftgaseinsatz durchgeführt hat, setzten die Geschworenen der ARD natürlich voraus.

Auch die medial gern verbreitete Forderung, das Assad-Regime solle nun gefälligst die UN-Beobachter an den Ort des jüngsten Giftgas-Anschlags lassen, wird nicht ergänzt um die Information, dass sich in dieser Gegend die Rebellen bewegen und die Sicherheit der UN-Beobachter kaum garantiert sein dürfte. Wenn die Beobachter allerdings bei ihrer Arbeit umkämen, dann wüsste der deutsche Redakteur jetzt schon, wer's gewesen wäre: Assad. Dieser bedingte Reflex bringt einen «K. F.» in der FRANK-

FURTER ALLGEMEINEN dazu, die USA in der Syrien-Frage dringlich zu ermahnen: «Immerhin hat das Land sich einmal für weltpolitisch unentbehrlich gehalten.» Er hätte auch «USA fass!» schreiben können, aber so direkt mag es die feinsinnige FAZ nicht. Was keiner dieser Kriegsfreiwilligen schreiben mag: Wer oder was soll denn nach Assad kommen? Die Al-Nusra-Leute, die schon jetzt mit Sarin hantieren als sei es Fleischbrühe? Irgendein Muslim-Bruderschafts-Derivat, jene Brüder, die von den USA mit Hilfe der ägyptischen Armee gerade wieder an die Leine gelegt werden sollen? Oder hätte man gern ein neues Jemen-Desaster an der Grenze zu Israel, ein Land voll durchgeknallter War-Lords, immer gut für einen Terroranschlag und ausgezeichnete Trainingsziele für US-Drohnen.

Es gab und gibt in Syrien eine nichtmilitärische Opposition. Mit der will und wollte der Westen nie reden. Stattdessen liess man seine Verbündeten in Saudi Arabien und Kuwait die islamistischen Hardliner bewaffnen. Stattdessen befeuerte man ungerührt und kaltblütig einen Krieg, dessen Folgen man öffentlich lautstark bedauerte, um heimlich, still und leise die Logistik der islamistischen Aufständischen zu organisieren. Und dieser irrwitzigen Politik applaudieren deutsche Medien gern und ausdauernd. Normalen Menschen bleibt angesichts des Elends in Syrien das Herz stehen. Dem deutschen Redakteur steht der Verstand still und die Kriegsgeilheit setzt stattdessen ein.

Der Verfasser unterhält die Webseite «Rationalgalerie – Eine Plattform für Nachdenker und Vorläufer», www.rationalgalerie.de

Fragezeichen

«Nervengas Sarin gefunden» titelte die Sonntagszeitung am 2. Juni 2013 eine unkommentierte und von andern Medien kaum aufgenommene Meldung, wonach bei Razzien im Süden der Türkei zwölf Männer verhaftet

Eingebettet im Lotterbett

Medien als Kriegsbereiter

Giftgaseinsatz in Syrien? Gewissen Medien ist so klar wie Obama, wer dafür verantwortlich ist. Wir selbst wissen es nicht. Wir haben aber auch nicht vergessen, wie das damals war, als Bush einen Grund suchte, den Irak in die Steinzeit zu bombardieren. Ist Obama Assads angeblicher Giftgaseinsatz, was Bush die angeblichen Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein? Das Szenario gleicht sich auf alle Fälle auf verdächtige Weise. Und wieder dienen die Medien als Kriegsbereiter, als willfährige Helfer, die öffentliche Meinung zu konditionieren.

Diesem Mechanismus wollen wir an unserer Veranstaltung zum Weltfriedenstag vom 21. September in Basel nachgehen (siehe Hinweis auf dieser Seite). Und zum Giftgaseinsatz in Syrien respektive zu seiner Urhebererschaft in der «UW» zumindest jenes Fragezeichen setzen, das sich schon die alten Römer zur Maxime gemacht hatten: «Cui bono?» – Wem nützt es?

Redaktion «Unsere Welt»

worden seien. «Medien bezeichnen die Männer als Teil der syrischen Rebellengruppe Jabhat al-Nusra, einem Ableger von al-Qaida. Es wurden grosse Mengen chemischer Substanzen gefunden. Dabei handelt es sich um 2.5 Kilogramm des tödlichen Nervengifts Sarin.»

Fragezeichen

Während «Bund»-Redaktor Jean-Martin Büttner im Editorial seiner Zeitung vom 29. August behauptet, «nach letzten Angaben tötet das Regime Menschen mit Gasangriffen» und ein Eingreifen der USA herbeischreibt, meint im Innern derselben Ausgabe der ehemalige Leiter der Gruppe Abrüstung im Bereich Chemiewaffen des Labors Spiez, Heiner Staub: «Die Amerikaner haben schon x-mal behauptet, sie wüssten genau, was passiert sei. 2003 ja auch im Irak, und am Ende war es nicht wahr. Die angeblichen Informationen, auf die (US-Aussenminister) Kerry und (US-Vizepräsident) Biden verwiesen haben, basieren wohl auf Geheimdienstinformationen, und die sind zweifelhaft. Aufgrund meiner Erfahrung traue ich den US-Experten wenig zu.»

Und weiter «Gemäss dem, was durchsickert, scheint ein Angriff eine

beschlossene Sache zu sein. Was die Inspektoren finden oder nicht finden, spielt keine Rolle. Die Amerikaner haben ohnehin schon behauptet, dass es einen Chemiewaffenangriff gegeben hat, und sie sagen auch, wer dafür verantwortlich ist.»

Und zur angeblichen Zurückhaltung der UNO-Inspektoren durch Assad: «Das wird behauptet. Aber möglicherweise war die Gefahrenlage tatsächlich so, dass man die Inspektoren nicht rausschicken konnte. Der Tatort liegt in einem Kriegsgebiet! Da fand ein Beschuss statt, Rebellen und Armee kämpften gegeneinander. Die stoppen nicht für ein paar UNO-Waffeninspektoren.»

Fragezeichen

Im «Bund» vom 22. August 2013 meint Nahost-Experte Günter Meyer, auf die Frage, ob «Aufständische hinter den mutmasslichen Giftgasangriffen in der Region Ghuta» stünden: «Ja. Denn nur die Aufständischen könnten davon profitieren. (...) Die Aufständischen versuchen, die Vereinigten Staaten zu einem militärischen Eingreifen zu bewegen. Dabei nutzen sie den Umstand aus, dass sich Inspektoren der UNO in Syrien aufhalten.»

21. September
Internationaler Tag des Friedens

Medien & Krieg

Dr. Norman Paech
em. Rechtsprofessor und ehem. Bundestagsabgeordneter (die Linke)

Volker Hermsdorf, Journalist Junge Welt
Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung

sprechen über die Rolle von Medien in der Kriegsvorbereitung, über Feindbilder und Desinformation.

Samstag, 21. September, Volkshaus Basel
ab 17.00 Uhr Apéro und Ausstellung kubanischer Friedensplakate
18.00 Uhr Referate und Podiumsdiskussion

Schweizerische Friedensbewegung 5FB | www.friedensbewegung.ch

Medien als Weichensteller zum Krieg

«Invalide waren wir durch die Rotationsmaschinen, ehe es Opfer durch Kanonen gab», heisst es bei Karl Kraus in seinem grandiosen Epos «Die letzten Tage der Menschheit», einer literarischen Studie über das verhängnisvolle Treiben der Presse in der Habsburger Doppelmonarchie während des 1. Weltkrieges. Kraus weist damit darauf hin, dass der Krieg an einer anderen Front schon vor dem Krieg auf dem Schlachtfeld begonnen hat und Opfer fordert. So ist das Bonmot «Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit» auch nur die halbe Wahrheit, also eigentlich eine Lüge. Sie lenkt davon ab, dass die Wahrheit - wie es Karl Kraus so bildhaft darstellte - schon vor dem Krieg gemeuchelt wird. Wenn dies nicht geschähe, würde es oft gar nicht zum Kriege kommen. Die Wahrheit wird auch fortwährend nach dem Krieg malträtiert, um den Krieg zu rechtfertigen, um ihn zu einem erfolgreichen Krieg zu machen. Bei der fortgesetzten Vernichtung der Wahrheit vor dem Krieg, während des Krieges und nach dem Krieg unterscheiden sich zwar demokratische Staaten von Diktaturen hinsichtlich der Totalität der Kontrolle. Doch auf dem Schlachtfeld der Medien gedeihen Lügen und Propaganda, Meinungs- und Gesinnungsdiktatur in jeder Art von Gesellschaft.

(General aD Heinz Loquai)

Kubanische Plakate – Gegen den Krieg und für den Frieden
Ausstellungseröffnung 17:00-18:00 Uhr

Mit einer Eröffnungsansprache der Botschafterin von Kuba,
María del Pilar Fernández Otero

Die Ausstellung zeigt eine Auswahl aus ca. 300 Plakaten, die kubanische Künstler 2010 angefertigt haben, um die Gefahren eines Krieges mit Nuklearwaffen ins Bewusstsein zu rufen und an die Verteidigung des Friedens zu appellieren.

Zur Verfügung gestellt wird sie der Schweizerischen Friedensbewegung von der Vereinigung der sozialen Kommunikatoren Kubas (ACCS) in Partnerschaft mit der Kubanischen Bewegung für den Frieden und die Souveränität der Völker (MOVPAZ).

Die Ausstellung ist vom 21.09. bis 30.09. auch im Restaurant Hirschenek am Lindenberg 23 in Basel zu sehen.

Die Realität der US-Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade Kubas

Bis in die hintersten Ecken

Einige nennen das Wort beim Namen: Blockade. Andere, darunter durchaus auch Freunde Kubas, sprechen abgeschwächt von Embargo. Vielleicht eine Frage der Übersetzung? Oder doch eher Ausdruck dessen, wie beeinflusst wir sind durch vorgegebene Sprachregelungen? Wie dem auch sei: Es wird viel gesprochen über diese Peitsche, mit welcher das Imperium im Norden tagtäglich die Rücken der kubanischen Bevölkerung malträt.

Von Rosa C. Baez

Ich weiss nicht mehr, wann ich zum ersten Mal bewusst das Wort «Blockade» aufgeschnappt habe. Dafür kann ich mich genau daran erinnern, an welchem dünnen Faden das Leben meines Bruders hing, als in den ersten Monaten von 1960 plötzlich keine Kondensmilch mehr aus den USA eintreffen sollte. Mein Bruder war damals wenige Monate alt und sein Magen auf diese Nahrung eingestellt. Es war ein Wettlauf gegen die Zeit, Ersatznahrung zu beschaffen, während mein kleiner Bruder komplett abgemagert und dem Tode nahe in unsern Armen lag. Wir hatten zu dieser Zeit keine Ahnung von Nahrungsergänzungsmitteln...

Viele Feinde der Revolution greifen uns in diesen Tagen der virtuellen Realitäten und sozialen Netzen mit der Idee an, das «Embargo» sei nichts anderes als ein Schutzschild unserer revolutionären Regierung, und sie zaubern X Beispiele aus der Tasche von nordamerikanischen Farmern und angeblichen Übereinkünften und überhäufen uns mit Beleidigungen. Ich möchte Dir etwas über die Blockade erzählen – nicht ihnen, denn wie ein Freund, der auf den Malvinen gekämpft hat, sagen würde: «Es macht keinen Sinn, Schiesspulver für Krähen zu vergeuden»... – nein, Dir möchte ich etwas erzählen, der Du vielleicht daran zweifelst, was die Blockade für uns Kubaner bedeutet. Wie heisst es doch auf einem riesigen Plakat in den Strassen von Havanna: «70% der Kubaner sind während der Blockade geboren», sind aufgewachsen mit dieser Schlinge um den Hals, und trotzdem leben wir, lieben wir, lachen wir!

Sicher. Aber meinst Du, jene Mutter lacht, deren Kind in eines der vielen Spitäler unseres Landes eingeliefert worden ist und nun zu sterben droht, weil das einzige Medikament, das es retten könnte, in einem Labor in den USA entwickelt wurde und an Kuba deshalb nicht verkauft werden darf? Ja, vielleicht riskiert ein guter Freund eine millionenschwere Busse und beschafft es uns, aber er muss es über viele Umwege zustellen und diese Verzögerung entscheidet möglicherweise über Lachen oder Wehklagen der Mutter.

Sag mir, der Du das in einem andern Teil der Welt liest und vielleicht das Wort «Embargo» benutzt: Was würdest Du fühlen, wenn Du eine aidsinfizierte Mutter wärest und wüsstest, dass im vergangenen Jahr ein Zwischenhändler seine Verträge kündigte als er erfuhr, dass die von ihm gelieferten Medikamente, welche dazu bestimmt waren festzustellen, ob Dein kleiner Sohn mit dem Virus geboren wurde, nach Kuba gelangen sollten?

Oder wenn Du wüsstest, dass die Medikamente, welche Deinen Alzheimer-geplagten Eltern Erleichterung bringen könnten, nur 160 Kilometer von Dir entfernt erhältlich sind aber wegen der Blockade, die man eigentlich ausschliesslich mit dem Zusatz GRAUSAM versehen sollte, nicht bezogen werden können? Und dass selbst jene, die das Medikament in andern Ländern besorgen könnten um es nach Kuba zu liefern, davor zurückschrecken weil sie sich dem schnellen Wurfgeschoss eines extraterritorialen Gesetzes aussetzen würden, das sie zwingt, die Handelsbeziehungen zu

Kuba abzubrechen und dafür noch teuer zu bezahlen?

Und, was würdest Du denken wenn Du wüsstest, dass diese stressige, schmerzhaft Situation sich nicht nur auf das Gebiet der Medizin beschränkt sondern jeden einzelnen Aspekt unseres Lebens betrifft – bis in Bereiche hinein, die Du Dir nicht vorstellen kannst? Dass die Kubaner im Ausland zum Beispiel keinerlei Transaktionen in Dollar durchführen können? Dass vielleicht die Botschaft Kubas in Deinem Land ihren Angestellten über Wochen hinweg keine Löhne auszahlen kann weil die Bank, die das Geld überweisen sollte, den Befehl erhalten hat, keine Kubaner zu bedienen? Dass Du in einem Hotel übernachtest und plötzlich weggewiesen wirst aus dem einzigen Grund, einen kubanischen Pass zu besitzen? Ja dass Du selbst beim Ausfüllen eines Formulars im Internet irgendein Fantasieland eingeben musst, weil Dein eigenes Land, Kuba, auf der Liste einfach nicht erscheint?

Oder dass eine betagte Frau, die nach Kuba kam um Bibeln zu verteilen, nach ihrer Rückkehr in die USA wegen der Blockade zu Tausenden von Dollar Busse verurteilt wurde?

Tatsächlich bewegt sich die Belästigung durch die Blockade vom Erhabensten zum Lächerlichen, auf der höchsten Ebene beispielsweise, wenn mit Verboten und übler Nachrede verhindert werden soll, dass sich kubanische Medikamente international durchsetzen, bis zu den Niederungen, wenn etwa von Kuba aus auf bestimmte Webseiten, auf angeblich frei erhältliche Software nicht zugegriffen werden kann.

Weitere Beispiele gefällig? Hunderte! Ich könnte Dir Tag für Tag viele Seiten füllen mit Erfahrungsberichten, darunter auch eigenen. Zum

Medienkrieg gegen Kuba

Cholera-Alarm...

Washington wirft Havanna vor, den Ausbruch einer möglichen Cholera-Epidemie zu vertuschen. Was wirklich los ist, beschreibt Volker Hermsdorf aus eigener Erfahrung.

Von Volker Hermsdorf

«Ich habe eine schlechte Nachricht: deine Nieren funktionieren nicht mehr. Bist du mit einer Dialysebehandlung einverstanden?» fragt mich Dr. Reinaldo Menéndez bei der Visite und jagt mir damit einen gewaltigen Schreck ein. Menéndez ist Professor für Innere Medizin, Spezialist für Tropenkrankheiten und einer der leitenden Ärzte des «Instituts für Tropenmedizin Pedro Kourí» (IPK) in Havanna, in das ich Anfang August mit einer Cholera-infektion eingeliefert worden war.

«Mach dir keine Gedanken», beruhigt mich der Arzt nach einem Blick in mein besorgtes Gesicht. «Die Dialyse kostet zwar 100 CUC pro Behandlung (ungefähr 75 Euro, V.H.) aber wenn du kein Geld hast, behandeln wir Dich auch. In Kuba wird niemandem, der arm ist, Hilfe verweigert.» Meine Sorge hatte allerdings mehr dem akuten Nierenversagen als den Kosten der Behandlung gegolten, die nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was vergleichbare Leistungen in Deutschland kosten, eine Dialyse zum Beispiel zwischen 300 und 500 Euro.

Beispiel, als ein italienischer Freund unsern Bibliotheken gute Rechner zustellen wollte, wegen der Unterstützung der Blockade durch einige europäische Länder aber daran gehindert wurde. Oder als der Kauf von Spezialpapier für die Restaurierung der kostbarsten Dokumente unserer Nationalbibliothek gestoppt wurde, weil die kleine Firma aus Mexiko, die uns das Zellpapier bis anhin geliefert hatte, plötzlich von einer US-Firma übernommen worden war und uns schreiben musste: «Durch die Einschränkungen des Handelsembargo gegen Kuba ist es uns nicht mehr möglich, mit kubanischen Institutionen Handel zu treiben.»

Aber wenn Du wirklich etwas wissen möchtest über die BLOCKADE, dann beginne damit, den verschönernden Begriff «Embargo» aus Deinem Geist zu verbannen. Danach empfehle ich Dir den Bericht¹⁾, den unser Land der UNO Jahr für Jahr mit der Forderung überreicht, dass diese Blockade ein Ende haben muss. Eine Forderung übrigens, die von 98% aller Mitgliedsländer der UNO unterstützt wird. Auch auf der Webseite von Cubadebate²⁾ findest du in der Kategorie «Bloqueo» viele Informationen, die Dir das, was ich sage, bestätigen werden.

Und wenn Du danach überzeugt bist, dass die Bezeichnung BLOCKADE gerechtfertigt ist, dann schweige nicht, sondern geh hinaus wie das so viele Freunde Kubas tun, auf die Strassen, auf die Plätze, mit Plakaten und Transparenten und schliesse Dich den Rufen «Nieder mit der Blockade!» an. Und wenn Du das nicht kannst, wie ich in diesen Tagen meiner Krankheit, besuche die Blogs, die sozialen Netze, die Webseiten und schreibe in allen möglichen Sprachen: «Nein zur Blockade der USA gegen Kuba!»

Rosa C. Baez ist eine bekannte kubanische Bloggerin (<http://elblog-delapolillacubana.wordpress.com>). Übersetzung aus dem Spanischen: Martin Schwander

1) www.cubavsbloqueo.com

2) www.cubadebate.com

Am Dialysegerät

Wenige Stunden nach der Visite hänge ich zum ersten Mal an einem Dialysegerät, mit dessen Hilfe die kubanischen Ärzte jetzt mein Leben – wie zuvor das von zahlreichen anderen einheimischen und ausländischen Patienten mit akutem oder chronischem Nierenversagen – retten. Wie sie verdanke ich meine Rettung dem Umstand, dass die US-Blockade gegen Kuba in der Praxis nicht überall wirklich durchgesetzt werden kann. Sonst würden diese Geräte hier nicht zur Verfügung stehen. Ich denke daran, dass andere weniger Glück haben. Etliche krebskranke Kinder zum Beispiel, die nicht behandelt werden können, weil das einzig wirksame Medikament – Temodal – US-Patenten unterliegt und wegen der Blockade nicht nach Kuba exportiert werden darf. Während der Blutwäsche gehen mir auch die Ereignisse der letzten Tage durch den Kopf.

Zwei Tage zuvor war ich nach heftigen Brechdurchfällen dehydriert und zusammengebrochen. Nach Erstversorgung und Infusionen im Krankenhaus Cira Garcia im Stadtteil Playa war ich mit der Notfallambulanz ins

IPK im Stadtteil La Lisa am Rand von Havanna überführt worden. Das 1937 gegründete Forschungs- und Gesundheitszentrum gilt als eine der weltweit bedeutendsten Einrichtungen der Tropenmedizin und verfügt über 170 Betten für kubanische und ausländische Patienten. Der aufnehmende Arzt, der – wie mir eine Krankenschwester erzählt – erst kürzlich von einer längeren medizinischen Mission aus Afrika zurückgekehrt war, sagt nach kurzer Untersuchung: «Ich will dich nicht beunruhigen, aber ich fürchte du hast Cholera.» Ein Labortest bestätigt den Verdacht. Als Ursache wurde später der Verzehr von nicht ausreichend gegartem Meeresfrüchten ausgemacht. Auch meine Frau – bei der trotz schwächerer Symptome ebenfalls ein Test durchgeführt wird – hat es erwischt. Zum Glück ist sie nach Einnahme des Antibiotikums Doxycyclin ohne weitere Komplikationen nach wenigen Tagen auskuriert.

Cholera, neben der Pest die gefährlichste Geissel früherer Jahrhunderte, galt in Kuba seit der letzten grossen Epidemie im Jahr 1882 als besiegt. In Lateinamerika erkrankten 1991 über 400 000 Menschen in einer Epidemie, die Peru, Mexiko, Kolumbien, Ecuador und Nicaragua traf, 12 000 überlebten die Krankheit nicht. Seit dem schweren Erdbeben im Jahr 2010 infizierten sich in Haiti bisher 669 654 Menschen mit dem Bakterium *Vibrio cholerae*, mehr als 8 200 verstarben bereits daran. In der benachbarten Dominikanischen Republik gibt es über 30 000 Cholerafälle und 454 Todesopfer. Mit Tausenden Ärzten und Krankenschwestern stellt Kuba seit 2010 das grösste Kontingent an medizinischen Helfern in Haiti bereit. Ärzte, Schwestern und Pfleger des IPK beteiligen sich in grosser Zahl an den Missionen in Haiti, Afrika, Zentralamerika und anderen Regionen.

Aus Haiti wurde der Erreger 2012 wieder nach Kuba eingeschleppt. Im Juni letzten Jahres traten – erstmals seit 130 Jahren – wieder Cholerafälle auf, zunächst im Osten der Insel, später auch in der Hauptstadt Havanna. Das Gesundheitsministerium berichtete von 417 Infizierten und drei Todesfällen. Im Januar 2013 informierte die Tageszeitung Granma über 51 Fälle, die alle ausgeheilt werden konnten. Von den USA bezahlte «unabhängige Journalisten» nutzen das erneute Auftreten der Infektionskrankheit regelmässig zur Verbreitung von Horrormeldungen, sprechen teilweise von Tausenden Krankheitsfällen und Dutzenden Toten. Obwohl sie für ihre Behauptungen weder Belege noch Quellen oder echte Zeugen angeben können, werden die Meldungen der «Dissidenten» von westlichen Medien oft ungeprüft übernommen.

Da Kuba über lange Zeit cholerafrei war, hatten viele Ärzte bis zum vergangenen Jahr keine eigenen Erfahrungen im Umgang mit der Krankheit. Ausgerechnet die medizinischen «Missionare», von denen vermutlich einige das Bakterium aus Haiti mit ins Land brachten, erweisen sich jetzt als Segen, denn sie kennen Symptome und Stadien der Krankheit aus ihren solidarischen Einsätzen bei den Ärmsten der Armen in der Welt und wissen, mit welchen Massnahmen eine weitere Verbreitung wirkungsvoll eingedämmt werden kann. Wie schnell und effizient das System – zumindest in Havanna – funktioniert, erlebten wir mit Staunen.

Ausbreitung verhindern

Wenige Stunden nach der Diagnose stellt sich eine Mitarbeiterin vom Gesundheitsamt des Municipio vor und arbeitet mit uns einen umfangreichen Fragebogen durch: Wo wir in den letzten Tagen waren, wo und was wir gegessen haben, mit wem wir Kontakt hatten, will sie unter anderem wissen. Von Nachbarn erfahren wir später, dass noch am gleichen Abend

ein Kleinbus des IPK am Wohnort meiner Schwiegermutter im Arbeiterviertel Mantilla anrückte und – in Begleitung des Direktors der dortigen Poliklinik – sämtliche Bewohner der benachbarten Häuser auf Symptome untersucht, vorbeugende Medikamente verteilt und die hygienischen Bedingungen geprüft hat. Auch die Bewohner eines Hochhauses in Vedado, in dem wir für einige Tage eine Wohnung angemietet hatten, wurden komplett durchgecheckt. Ein von uns bewohntes Hotelzimmer wird desinfiziert und versiegelt und das Restaurant, in dem wir uns das Bakterium eingefangen haben, für über eine Woche geschlossen.

Am zweiten Tag meiner Hämodialyse schliesst Dr. Olga Castaño, die ebenso kompetente wie resolute Nephrologin (Nierenspezialistin), mich an das mittlere der drei Geräte an. Rechts von mir liegt Francisco, ein Rentner aus Mexiko, der seinen Lebensabend in Havanna verbringt, weil er Bandenkriege, Polizeiterror und Gewalt in seinem Land nicht mehr erträgt. Auf der anderen Seite wird der 70jährige schwarze Machetero (Zuckerrohrschläger) Luis versorgt. Der hagere, von Arbeit, Rum und ausschweifendem Leben gezeichnete Mann, der als 15jähriger Botendienst für die Guerilla erledigt hatte, fragt mich nuschelnd, zwischen den ihm verbliebenen Zähnen, ob ich das Buch «Hundert Jahre Einsamkeit» kenne. «Das ist schwer, aber es beschreibt die Geschichte unseres Kontinents sehr gut», sagt Luis, der mir ausserdem stolz erzählt, dass er einer der Ersten war, die in der Alphabetisierungskampagne nach dem Sieg der Revolution Lesen und Schreiben gelernt hatten.

Bezahlte «Quellen»

Nach einer Woche – uns geht es mittlerweile deutlich besser – kommt Dr. Menéndez gleich mit zwei guten Nachrichten: «Deine Nieren arbeiten wieder, und der letzte Cholera-Test war negativ», sagt er. «Morgen dürft ihr gehen.»

Zehn Tage später blättert unsere Hausärztin in Hamburg die Befunde und Dokumentation des IPK durch. «Mehr kann man medizinisch nicht machen», sagt sie anerkennend und attestiert ihren kubanischen Kollegen höchste Professionalität.

Am Mittwoch dieser Woche kontaktiert uns eine Mitarbeiterin der Hamburger Gesundheitsbehörde. Das IPK und die kubanischen Behörden hätten die im August aufgetretenen Cholera-Erkrankungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und deren Tochter, der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (OPS) gemeldet, die wiederum die zuständigen Stellen in den jeweiligen Ländern informiert haben, sagt sie. Wir seien bisher die einzigen Betroffenen aus Deutschland. Ansonsten sei von der kubanischen Seite her alles so gelaufen, wie es die internationalen Vereinbarungen vorsehen.

Trotzdem wirft das Sprachrohr der rechten Exilkubanerguppen in Miami, El Nuevo Herald, der Regierung in Havanna in einer am gleichen Tag gestarteten Kampagne vor, die Cholerafälle zu vertuschen. Als Quelle für die Anschuldigung werden wieder einmal die von der SINA (US-«Botschaft» in Havanna) bezahlten «unabhängigen Journalisten» (Periodistas independientes) genannt.

Volker Hermsdorf ist Lateinamerika-Korrespondent der deutschen Tageszeitung «Junge Welt». Er ist Referent an der Veranstaltung «Medien und Krieg», die am 21. September 2013 in Basel von der Schweizerischen Friedensbewegung organisiert wird (siehe Hinweis auf Seite 5).

Über die Aufhebung der Wehrpflicht

Lob des Zweifels

Die allgemeine Wehrpflicht abschaffen? Dienstpflicht statt Wehrpflicht? Oder generell den Kampf weiterführen für eine totale Abschaffung der Armee? Die Meinungen dazu gehen auch im fortschrittlichen Lager auseinander. Kurz vor der Abstimmung vom 22. September 2013 üben Kontra und Pro in dieser Zeitung friedliche Koexistenz.

Gegen die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht – für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht

Ob wir eine Armee brauchen oder nicht, steht hier nicht zur Debatte. Fakt ist, dass wir eine Armee haben und dass wir auch eine Armee haben werden, sollte die Initiative für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht angenommen werden. Eine Privatarmee wollen wir nicht und eine Freiwilligenarmee auch nicht. Wenn schon eine Armee, dann die Milizarmee, wie wir sie jetzt haben, wo Menschen aus allen Berufen und Schichten zusammen Dienst leisten, Menschen aus dem Volk und nicht nur Militärfanatiker.

Oft kommt der Einwand, dass schon jetzt niemand mehr Militärdienst leistet, der das nicht will. Es gibt viele Möglichkeiten, sich um die Dienstpflicht zu drücken. Ich kann verstehen, dass nicht alle gerne in der Armee Dienst leisten wollen. Darum bin ich für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer, in der jeder und jede frei wählen kann zwischen Militärdienst oder Zivildienst ohne eine Angabe von Gründen. Eine zeitlich begrenzte Dienstpflicht gäbe den jungen Menschen in diesem Land die Möglichkeit, etwas Sinnvolles für die Allgemeinheit zu tun. Sie könnten lernen, Verantwortung zu übernehmen für die Entwicklung unseres Landes. Es gibt für alle etwas zu tun. Es wird immer wieder geklagt über Littering, übermässigen Alkoholkonsum, Drogen und Gewalttätigkeiten unter den Jugendlichen. Der Dienst an unserem Land könnte ein Einbinden in die Verantwortung für die Geschicke des Landes zur Folge haben. Schutz der Landschaft und Verschönerung des öffentlichen Raumes, Hilfe für ältere Menschen oder Kinder, Pflege von Gebrechlichen und Kranken, Arbeit in ökologischen Projekten oder in der Entwicklungshilfe in anderen Ländern – an Aufgaben mangelt es nicht. Etwas zu leisten für die Allgemeinheit könnte sicher manchen jungen Menschen Befriedigung und Freude bringen und mithelfen in der Entwicklung zu einer leistungsbereiten reifen Persönlichkeit. Der Dienst könnte mithelfen, das Selbstbewusstsein der jungen Menschen zu stärken und sie auf ihre Laufbahn in der Arbeitswelt besser vorzubereiten.

Wir setzen uns ein für eine fortschrittliche soziale Schweiz. Meiner Meinung nach ist es nicht fortschrittlich Scheiben einzuschlagen und Wände zu beschmieren. Wir müssen Sorge tragen zu unserer Umwelt, mehr soziale Gerechtigkeit erkämpfen und den Frieden bewahren. Dafür brauchen wir junge Generationen,

die sich mit diesem Land verbunden fühlen und die bereit sind dafür zu sorgen, dass die Menschen sich hier wohl und sicher fühlen. Dafür braucht es Erziehung zu uneigennütziger Einsatzbereitschaft.

Franziska Genitsch-Hofer

Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht: Ressourcen gescheiter einsetzen!

Die Schweiz hat im Verhältnis zur Bevölkerung die weitaus grösste Armee in Europa. Dies gilt nicht nur für die NATO-Länder, sondern auch im Vergleich zu den allianzfreien Staaten Finnland, Schweden, Österreich und Irland. Dies belastet nicht nur das Bundesbudget. Die sechs Millionen Dienstage belasten auch die Wirtschaft sehr stark. Mit einer Abschaffung der Wehrpflicht würden sowohl Steuermittel für dringendere Anliegen frei, ohne dass die Staatsquote erhöht werden müsste, als auch eine reale Entlastung gerade von kleinen und mittleren Unternehmen möglich.

Kosteneinsparungen für den Staat ebenso wie für die Wirtschaft waren und sind übrigens auch in unseren Nachbarländern eine wichtige Triebfeder zur Verkleinerung der Armeen in den letzten zwei Jahrzehnten.

Die heutige Wehrpflicht hat dagegen zur Folge, dass massive Ressourcen in die falschen Bereiche investiert werden. Tatsächlich steht die Schweiz vor riesigen – im umfassenden Sinne durchaus auch sicherheitspolitischen – Herausforderungen. Eine Jahrhundertaufgabe stellen der Stopp des Klimawandels und rasche Schritte hin zu einer echten Energiewende dar.

Der Schlüssel zur Energiewende liegt auch in der Verringerung unserer massiven Auslandabhängigkeit im Energiebereich (Erdöl und Erdgas). Hier wird auch die Wirtschaft ihre Beiträge leisten müssen – eine konzeptuelle aber auch eine finanzielle Herausforderung. Die Aufhebung der Wehrpflicht setzt einen Teil der dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen frei.

Wir Grünen sagen auch deshalb JA zur Abschaffung der Wehrpflicht, weil wir einen effizienteren Ressourceneinsatz wollen. Zugunsten der echten Problem, der Energiewende, der grünen Wirtschaft und anderer ziviler Aufgaben. In dem Sinn unterstützen wir Grünen auch die Forderung nach einem freiwilligen Zivildienst, der ergänzend zum bestehenden oder als dessen Ersatz funktionieren könnte.

Balthasar Glättli

Nationalrat der Grünen Partei Schweiz und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats



Das WBDJ-Tagungsbureau mit Mitgliedern aus der DVR Korea, aus Venezuela, dem Präsident Dimitris Palmyris aus Zypern, aus Südafrika und aus Kuba. Daneben die Rednerin, eine Genossin aus der Demokratischen Republik Kongo. Foto Stettler

XVIII. Weltjugendfestspiele in Ecuador

Kämpfende Jugend

Die 18. Weltfestspiele der Jugend und der Studierenden stehen unter dem Leitsatz «Jugend vereint gegen Imperialismus – für eine Welt des Friedens, der Solidarität und des sozialen Fortschritts» und finden vom 7. bis 13. Dezember 2013 in Quito statt, der Hauptstadt Ecuadors. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Von Roger Stettler

Seit den letzten Spielen in Südafrika, in Tshwane, dem früheren Pretoria, sind nur drei Jahre vergangen. Das hat damit zu tun, dass es fünf Jahre waren zwischen jenen und denen davor in Caracas (Venezuela). Grund dafür ist, dass die Jugendorganisationen in Belarus ihre Kandidatur 2009 aus finanziellen und organisatorischen Gründen unvermittelt zurückgezogen hatten. Der Turnus betrug ansonsten die letzten paar Male vier Jahre. Sonst immer im Sommer, meistens im August stattfindend, wurde schon die letzte Ausgabe in Südafrika im Dezember ausgetragen, im Frühling des Südens, was in Kombination mit der noch kurzfristigeren Ankündigung dazu führte, dass aus der Schweiz wie schon 2001 in Algier bedauernswerterweise keine Delegation vertreten war. Auch sonst waren weniger Leute aus weniger Ländern dort. Wie in Caracas, wo zwei Dutzend Leute aus der Schweiz teilnahmen, wird es dieses Jahr in Quito wieder eine Delegation geben. 15 000 Menschen werden erwartet, aus weit über 100 Ländern.

Zwischen 2005 in Venezuela und 2013 Ecuador, hat sich viel getan in Lateinamerika. Es sind ein paar hoffnungsvolle fortschrittliche Regierungen dazugekommen (Bolivien, Nicaragua, Ecuador), jedoch leider auch einige wieder weggeputzt worden (Honduras, Paraguay). Auch sonst zeigte der Kapitalismus mit den Kriegen, zum Beispiel in Libyen oder Syrien, wieder einmal sein wahres, imperialistisches Gesicht. Die Weltfestspiele, die nach dem Zweiten Weltkrieg das erste Mal ausgetragen wurden, um die Jugend im Kampf um Frieden zu vereinen, haben an Aktualität nichts eingebüsst. Sie haben damit eine lange Tradition und werden seit eh und je vom Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) organisiert, der die Hauptsäule der historischen Festspielbewegung darstellt. Er beschloss am vorletzten Treffen des Generalrates (GCM) im Oktober 2012 in Quito, wo sich Ecuador als Austragungsort angeboten hat, diesen Vorschlag dankend anzunehmen. Somit begann die schwierige, aber aktive Phase der Festivalvorbereitung.

Drei internationale Treffen

Das erste internationale Vorbereitungstreffen (IPM) fand am Austragungsort der letzten Spiele in Südafrika statt, inkl. Zeremonie der Fahnenübergabe. Leider musste das Treffen kurzfristig verschoben werden, was zu Zeitmangel führte. Trotzdem war es quantitativ ein Erfolg. Dort wurden die politischen Grundlinien festge-

legt. Die Schweiz konnte leider niemanden hinschicken.

Anders beim 2. IPM, wo ein Delegierter der Kommunistischen Jugend Bern teilnahm. Es fand in einem Vorort von Madrid statt, in San Fernando de Henares. Die Stadt wird von der Vereinigten Linken (IU) regiert und war immer eine Hochburg der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), die in diesem Bündnis Mitglied ist. Es kamen schätzungsweise 120 Delegierte von 70 Organisationen aus 50 Ländern. Da das Budget von 7 Mio. auf 3 Mio. Euro gekürzt worden ist, musste auch das Programm angepasst werden. So wurden Workshops mit ähnlichem Thema zusammengelegt, gestrichen etc.

Um besser zu mobilisieren und Workshops für den europäischen Teil des Programms am sechsten Tag zu bestimmen und zu gestalten, gibt es auch ein regionales Treffen (Region Europa), welches vom 23. bis zum 25. August in Wien stattfand.

Ein drittes Vorbereitungstreffen wird – kurz nach Drucklegung dieser Zeitung – zwischen dem 9. und 11. September in Neu Dehli (Indien) abgehalten. Dort wird ein internati-

onales OK gewählt, welches die Beschlüsse umsetzt, ein viertes Treffen vorbereitet, die verschiedenen Regionen vertritt und sich zwei Monate vor Festivalbeginn ins Land begibt, um zwischen dem nationalen Vorbereitungskomitee des gastgebenden Landes Ecuador und der Regierung des Präsidenten Rafael Correas einerseits und den teilnehmenden Ländern andererseits zu koordinieren.

Das Festival bietet ein reichhaltiges Programm, das politische Themen wie Frieden, Ökologie, Bildung, Arbeit, Geschlecht und Medien, aber auch kulturellen Austausch, Freizeitaktivitäten wie Konzerte, Filme und Sport beinhaltet. Es ist des weiteren eine gute Möglichkeit, um sich mit gleichgesinnten, anti-imperialistischen, kommunistischen, sozialistischen und anderen demokratischen und progressiven Organisationen auszutauschen, Erfahrungen zu teilen, zu diskutieren, gemeinsame Projekte aufzugleisen und Beziehungen aufzubauen. Vor und/oder nach dem Festival selber gibt es die Möglichkeit, das Land Ecuador und dessen Landschaft, Volk, Kultur, Politik und Geschichte kennenzulernen und während des ganzen Aufenthalts eine unvergessliche Zeit zu erleben.

Aufruf:

Sowohl für den Internationalen Solidaritätsfonds (ISF) wie auch dafür, um möglichst vielen aus der Schweiz den Besuch zu ermöglichen (v.a. solchen, die es sich sonst nicht leisten könnten), sind wir auf Spenden angewiesen: PC 60-133153-4, Kommunistische Jugend, 3000 Bern, Vermerk «Weltfestspiele», dazu wahlweise «ISF» oder «CH».

Links:

Der WBDJ – im Dienste der Jugend und ihrer Rechte seit 1945: www.wfdy.org
Informatives aus Deutschland: www.weltfestspiele.de
Die Seite der Schweizer Delegation: www.weltfestspiele.ch

Kontakt:

Wer sich für Vorbereitung oder Teilnahme am Festival interessiert, maile an: ok@weltfestspiele.ch



Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ Mail (fak.): _____
PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

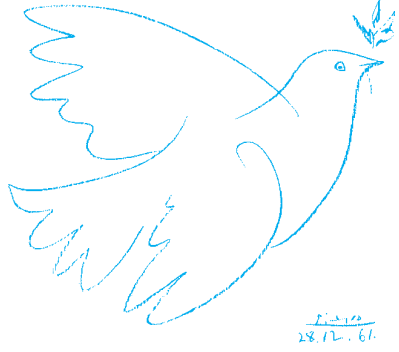
Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Roger, 32 Jahre, 185 cm militärdienstuntauglich

22. September

JA zur Aufhebung der Wehrpflicht

Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen.



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 4 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!



11. September 1973: Tag der Schande für Washington und Beginn einer jahrelangen Tragödie für die chilenische Bevölkerung.

US-Export der Konterrevolution nach Chile

Blutiger September

Vor 40 Jahren, am 11. September 1973, beendete ein blutiger Militärputsch den dreijährigen erfolgreichen Versuch der Volksfront von Salvador Allende, Demokratie und Sozialismus zu vereinen. Washington setzte von vornherein darauf, Chile zu destabilisieren und Allende zu stürzen.

Von Jürgen Reents

Richard Helms, CIA-Chef, hat die Unterredung mit Präsident Richard Nixon und dessen Sicherheitsberater Henry Kissinger im September 1970 im Telegammstil notiert: «Eventuelle Risiken unwichtig. Keine Beteiligung der Botschaft. Zehn Millionen Dollar zur Verfügung, mehr, falls nötig. Fulltime-Job – die Besten, die wir haben. ... Die Wirtschaft soll schreien. 48 Stunden für Aktionsplan.» Die Mächtigen in Washington sann darauf, wie sie den Amtsantritt von Salvador Allende in Chile verhindern könnten.

CIA-Chef Helms hatte seinen Teil der Aufgabe verstanden: Er heuerte Offiziere des chilenischen Militärs an, darunter äusserst zwielichtige Gestalten wie den General Viaux, der der faschistischen Gruppe Patria y Libertad angehörte. Sie sollten den loyalen Oberkommandierenden der chilenischen Streitkräfte, General René Schneider, entführen, die Aktion als eine von Linksextremisten erscheinen lassen, und so das mehrheitlich konservativ zusammengesetzte Parlament dazu bewegen, einen der knapp unterlegenen Gegenkandidaten Allendes zum Präsidenten zu küren. Der Plan misslang. Die CIA lieferte Geld und Waffen für die Putschisten, Schneider wurde ermordet, die Aktion konnte ihre rechtsextremistische Handschrift jedoch nicht verbergen. Die Herren in Washington hatten ihre zweite Niederlage erlitten, noch bevor die Regierung der Unidad Popular ihre ersten Schritte auf dem Weg in einen demokratischen Sozialismus gehen konnte.

Anweisungen von Nixon

Klar war damit aber auch: Die Unidad Popular stand von Anfang an nicht nur einer konservativ geprägten Mehrheit gegenüber, der sie Zug um Zug Kompromisse und Unterstützung abgewinnen musste. Sie hatte zudem eine auf Terror und Putschgeeichte extre-

me Rechte und einen äusseren Feind gegen sich, der über gewaltige Mittel verfügte, um Unruhe zu schüren. Insbesondere der ITT-Konzern, der die chilenische Telefongesellschaft kontrollierte, finanzierte – neben der CIA – Umsturzpläne und drängte die US-Regierung in einem Schreiben vom 1. Oktober 1971, «dafür zu sorgen, dass Allende die entscheidenden nächsten sechs Monate nicht übersteht». In einem 18-Punkte-Programm verlangte ITT u.a., Kreditbeschränkungen zu veranlassen, Hilfen aus dem Erdbeben-Fonds zu verweigern, für eine Verknappung des Dollars in Chile zu sorgen, der konservativen chilenische Presse jedoch reichlich Geld zuzustecken, und nicht zuletzt mit über «Möglichkeiten zu diskutieren», wie die CIA den «Druck unterstützen kann».

Beim Chef des Weissen Hauses fand dies offene Ohren. Nixon repetierte: «Chile hat bei internationalen Institutionen, wo wir über Stimmrechte verfügen, Darlehen beantragt. Ich habe Anweisungen erteilt, dass wir gegen alle Anträge aus Chile stimmen.» Im September 1972 sah sich der chilenische Zentralbankpräsident Alfonso Inostroza daher zu der Klage veranlasst, dass die Weltbank seit 22 Monaten keinen einzigen Kredit mehr an Chile genehmigt hatte – es sollte bis zum Putsch so bleiben. Die USA reduzierten ihre Wirtschafts- und Lebensmittelhilfe in den drei Amtsjahren Allendes auf einen Bruchteil dessen, was sie zuvor in einem Jahr gewährt hatten. Andere Staaten, darunter die zu der Zeit sozialliberal regierte Bundesrepublik Deutschland, zögerten ihre Entwicklungshilfe gehorsam hinaus. An der Londoner Metallbörse fuhren die Preise für Kupfer, aus dem Chile Dreiviertel seiner Devisen bezog, ins Bodenlose. Chiles Wirtschaft wurde destabilisiert.

Dollar flossen dagegen reichlich an die grösste und aggressiv gegen die Unidad Popular hetzende Tageszeitung «Mercurio» und an die Fuhr-

unternehmer, die ihren Fahrern bei den Ausständen im Sommer 1973 «Streikgelder» bis zum Vierfachen des normalen Lohns zahlten. Und an die chilenische Armee: Im Gegensatz zu Wirtschaftskrediten erhöhten die USA ihre Militärhilfe in der Allende-Zeit im Jahresschnitt auf ca. das Anderthalbfache der vorausgegangenen sieben Jahre. In noch grösserem Umfang steigerte die US Army die Ausbildung chilenischer Offiziere in der Panama-Kanalzone, wo sie Militärs aller Herren Länder das Handwerk des «schmutzigen Krieges» lehrte.

Im Bericht eines US-Kongressausschusses aus dem Jahr 1975 («Church Report») wurde festgestellt, dass die Beziehungen der CIA und der US Army zu chilenischen Militärs in den Jahren 1970 bis 1973 dazu gedient hätten, eine Verbindung zu jener «Gruppe» aufrecht zu erhalten, die am ehesten in der Lage war, «Präsident Salvador Allende die Macht zu nehmen». Aber obwohl dieser Bericht wie auch der spätere «Hinchey Report» (2000) jede Menge Details zu Verschwörungen, Sabotage, geheimen Finanzierungen, Bestechung, Infiltration, Entführungen, Treffen mit Terroristen, Putschplänen und in US-Dienststellen erstellten Arrestlisten aufführt, soll «kein klarer Beweis gefunden» worden sein, dass die USA direkt in den Putsch von 1973 involviert waren. (...)

An einer Schlussfolgerung des «Church Report» sind dagegen kaum Zweifel angebracht: «Die Bandbreite der CIA-Aktivitäten in Chile war ungewöhnlich, aber keineswegs beispiellos.» Gerade auf dem lateinamerikanischen Kontinent haben Geheimdienste, Militär und Konzerne der USA Entwicklungen zu torpedieren versucht oder ihnen eigenhändig den Garaus gemacht, wenn diese auf weniger Ausplünderung oder gar auf Unabhängigkeit zielten. Häufig standen die US-Interventionen dabei in direkter Verbindung mit Interessen einzelner Konzerne und Banken, die ihren auf fremdem Boden erbeuteten Besitz und daraus abgezogenen Profit nicht schmälern lassen wollten, United Fruit Company, Chase Manhattan Bank, Kennecott und Anaconda, ITT und Zuckercompanies. Gelegentlich – wie in Chile, Nicaragua und Cuba – ging es darum, soziale Befreiung generell zu verhindern.

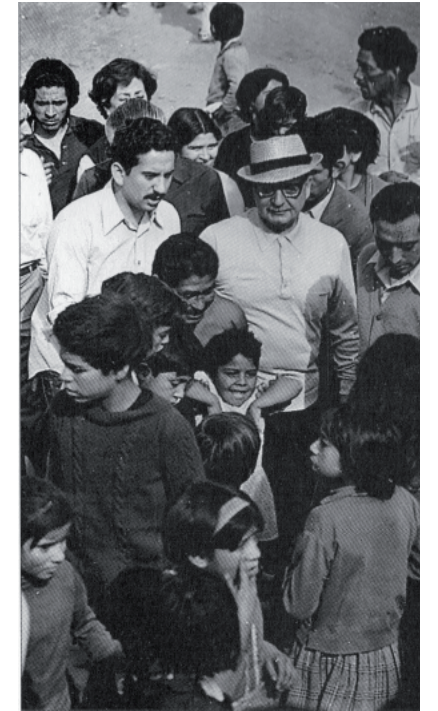
Henry Kissinger, der wenige Wochen nach dem Pinochet-Putsch vom Sicherheitsberater zum Aussenminister aufstieg, schreibt in seinen Memoiren: «Zwischen der militärischen Operation und der offiziellen Diplomatie gibt es eine Grauzone, in der unsere Demokratie sich gezwungen sieht, mit ihnen feindlichen Gruppen in Konkurrenz zu treten.» Diese Grauzone ist das übliche Parkett, auf dem die USA sich in Lateinamerika immer wieder bewegt und auf dem sie gemeinsam mit ihren Schütz- und Zöglingen lange Blutspuren hinterlassen haben. Feindliche Gruppen? Ausserhalb der Öffentlichkeit herrscht ein milderer Ton. Bei einem Treffen mit Pinochet am 8. Juni 1976 in Santiago sagte Kissinger seinem Gesprächspartner: «Nach meiner Einschätzung sind Sie ein Opfer aller linksgerichteten Gruppen dieser Welt geworden. Ihre grösste Sünde besteht darin, eine

Regierung gestürzt zu haben, die kurz davor stand, kommunistisch zu werden. ... In den Vereinigten Staaten stehen wir dem, was Sie hier zu tun versuchen, mit Wohlwollen gegenüber.»

Terror mit «Condor»

Die USA haben ihre Komplizenschaft mit den Mördern von Salvador Allende, Victor Jara und Tausenden anderen zu keiner Zeit der Pinochet-Herrschaft eingestellt. Der Chef der chilenischen Geheimpolizei DINA, Manuel Contreras Sepúlveda, war ein bezahlter CIA-Agent (einer von schätzungsweise 1500 bis 2000 in Chile), persönlich verantwortlich u.a. für die Ermordung des früheren Oberbefehlshabers der chilenischen Armee, General Carlos Prats in Buenos Aires und des früheren chilenischen Aussenministers Orlando Letelier 1976 in Washington. Contreras stiftete die «Operation Condor» an, ein Netzwerk der Militärregimes von Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Bolivien und Chile, das in den siebziger Jahren weltweit rund 200 Regimegegner aufspürte und umbrachte. Für einige der Attentate – so das auf den chilenischen Christdemokraten Bernardo Leighton 1975 in Rom – wurden italienische Neofaschisten, in anderen Fällen (z.B. Letelier) exilkubanische Terroristen und der CIA-Agent Michael Townley gedungen.

Nach dem Mord an drei uruguayischen Abgeordneten am 20. Mai 1976, die zuvor in die argentinische Hauptstadt Buenos Aires verschleppt worden waren, wies Kissinger seine Botschafter an, Kontakte zu den Militärs in ihrer Region aufzunehmen und sie dazu zu bewegen, ihre Methoden zu verschleiern. Vor allem aber sei es US-Interesse, die Informationen des «Condor»-Netzwerkes selbst mit zu nutzen – so berichtet es die lateinamerikanische Nachrichtenagentur Poonal. Kissinger habe u.a. den US-Botschafter in Montevideo, Ernest Siracusa, beauftragt, Kontakt zum uruguayischen «Condor»-Verantwortlichen General Vadora aufzunehmen und in einem Geheimvermerk angeordnet, dass «keine Institution der US-Regierung mit dem Austausch von Daten und Informationen über die Subversion in Verbindung gebracht werden» dürfe. Laut Poonal heisst es in dem Kissinger-Schreiben weiter: «Die möglichen Todes-Kandidaten dürfen unter keinen Umständen gewarnt werden». Siracusa galt Kissinger als verlässlicher Mann: Er war zur Zeit des Sturzes der bolivianischen Torres-



Dr. Salvador Allende, Präsident des Volkes.

Regierung 1971 Botschafter in La Paz und wurde 1973 in linken deutschen Zeitungen als ein Hauptübermittler zwischen Washington und dem chilenischen Militär genannt.

Wie gehabt

Kissinger schied 1977 mit dem Amtsantritt von Präsident Carter aus dem Amt des Aussenministers. Seine Nachfolgerin Madeleine Albright gestand 1998 «Verfehlungen» in der US-Politik gegenüber Chile in den 70er Jahren ein. Deren Nachfolger Colin S. Powell nannte das Schicksal Allendes in einer Fernsehdiskussion im Februar 2003 einen «Teil amerikanischer Geschichte, auf den wir nicht stolz sind».

Nixon lebt nicht mehr. Gegen Kissinger gibt es in mehreren Ländern Gerichtsklagen – aber annehmbar seitens der US-Regierung keine Auslieferung. Als Madeleine Albright ihr Bedauern ausdrückte, hatte sie den Krieg gegen Jugoslawien noch vor sich. Als Powell sein Nichteinverständnis mit der US-Politik gegenüber Chile kundtat, hatte er den Afghanistan-Krieg bereits hinter sich und war auf seinen zweiten Irak-Krieg wohl vorbereitet. Möglich, dass in 30 Jahren jemand in Washington eine bekümmerte Fussnote dazu macht.

Jürgen Reents ist deutscher Journalist und ehemaliger Chefredaktor des «Neuen Deutschland». Er schrieb diesen Artikel 2003 für das ND.

Veranstaltungen zu Chile in Basel:

- **2.–20. September 2013:** Chile-Plakat-Ausstellung im Restaurant «Hirschenkeck», Lindenberg 23, 4058 Basel (Tram 2, 15, Bus 31, 34 und 38, bis Wettsteinplatz)
- **11. September 2013, 11–18.00 Uhr:** Mahnwache an der Schiffflände
- **14. September 2013, 19.00 Uhr:** Politisch-Kultureller Abend zu Chile mit Vortrag von Nancy Larena, Vorsitzende der Chile-Freundschafts-Gesellschaft «Salvador Allende e.V.» Berlin u. chilenischen Liedern im Restaurant «zur Mägd», St-Johanns-Vorstadt 29, 4056 Basel (Tram 11, Bus 30, bis Johanniterbrücke)

ALBA (Arbeitsgruppe Lateinamerika Basel)

Kontakt alba-info@gmx.ch, ALBA, Postfach, 4002 Basel